

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17

**CDU**  
**Tempelhof - Schöneberg**

**Bezirksprogramm**  
**2016 – 2021**



**Vorschlag Programmkommission** **4.3.2016**

18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72

Vor Drucklegung erfolgt noch ein Vorwort der Kandidatin für das Amt der Bürgermeisterin. Dieses Vorwort ist nicht Gegenstand der Abstimmungsprozesse innerhalb der Partei und wird deshalb erst nach Beschluss des Programms hinzugefügt.

## Inhaltsverzeichnis

73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100  
101  
102  
103  
104  
105  
106  
107  
108  
109  
110  
111  
112  
113  
114  
115  
116  
117  
118  
119

### I. Unsere Ortsteile

1. Schöneberg
2. Friedenau
3. Tempelhof
4. Mariendorf und Marienfelde
5. Lichtenrade

### II. Wohnen und Arbeiten zwischen Stadtrand und KaDeWe

1. Stadtentwicklung – vorhandene Potentiale besser nutzen
2. Aktive Wirtschaftspolitik betreiben
3. Wohnen im Bezirk
4. Sicherheit und Ordnung im Wohnumfeld verbessern
5. Verkehr - wir suchen individuelle Lösungen

### III. Mit Leidenschaft für Bildung und Erziehung

1. Wir brauchen ein leistungsfähiges Schulsystem
2. Den baulichen Zustand der Schulen verbessern
3. Für eine vielfältige Bildungslandschaft eintreten
4. Einen erfolgreichen Start in der Schule sichern
5. Grundschulen
6. Oberschulen
7. Kinderbetreuung im Bezirk verbessern
8. Verantwortung für Kinder und Jugendliche übernehmen
9. Sport führt zusammen

### IV. Angebote für eine wachsende und älter werdende Gesellschaft

1. Gesundheitliche Versorgung ausbauen
2. Verbraucherschutz ernst nehmen
3. Immer wichtiger: Pflegeangebote und Palliativversorgung
4. Wohnungs- und Obdachlosigkeit verhindern
5. Politik für Senioren richtig machen
6. Belange von Menschen mit Behinderung ernst nehmen

### V. Was uns verbindet

1. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement stärken
2. Erfolgreiche Integration entscheidet über die Zukunft der Gesellschaft
3. Kunst und Kultur halten den Bezirk kreativ
4. Bibliotheken – „Wohnzimmer“ der Bürgergesellschaft

### VI. Bürgernahe Verwaltung

1. Eine effektive und bürgerfreundliche Verwaltung schaffen
2. Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern verbessern
3. Stabile Finanzen wiederherstellen

120  
121  
122  
123  
124  
125  
126  
127  
128  
129  
130  
131  
132  
133  
134  
135  
136  
137  
138  
139  
140  
141  
142  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158  
159  
160  
161  
162  
163  
164  
165  
166  
167  
168  
169  
170

## I. Unsere Ortsteile

Viele Bewohner Tempelhof-Schönebergs identifizieren sich weniger mit dem heutigen Großbezirk, dafür aber stark mit den sechs Ortsteilen Schöneberg, Friedenau, Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde oder Lichtenrade. Tempelhof-Schöneberg bietet aufgrund seiner Geschichte und Lage im Berliner Stadtgebiet ein heterogenes Bild, jeder Ortsteil hat seinen eigenen Charakter. Diese Besonderheiten und das Identifikationsgefühl gilt es bei den großen Veränderungen durch den Bevölkerungszuzug aus aller Welt zu erhalten und auszubauen. Heimatgefühl am Wohnort und Nachbarschaftsverflechtungen sind wichtige Grundlagen für ein konstruktives Zusammenleben der Menschen.

### 1. Schöneberg

Schöneberg ist durch die wirtschaftliche Wiederbelebung der City- West Gewinner unter den Ortsteilen des Bezirks. Der Sozialstrukturatlas für Berlin weist in allen Schöneberger Kiezen eine positive Entwicklung aus. Durch den Wohnungsneubau am Rande des Gleisdreieckparks sind fast vergessene Wohnquartiere wieder zu attraktiven Wohnlagen geworden. Die Problemzonen rund um den Bülowbogen haben sich sichtlich stabilisiert und auch die Potsdamer Straße zeigt, ausgehend vom Potsdamer Platz, eine deutliche Erholung als belebendes Element im Stadtteil.

Die einzige „Schmuddelecke“ des Bezirks bleibt der Straßenstrich in der Kurfürstenstraße. Hier konnte sich die CDU mit der Forderung nach Sperrzeiten für die Straßenprostitution gegen die Mehrheit von SPD und Grünen nicht durchsetzen.

Ein besonderes Flair geht vom schwul-lesbischen Kiez rund um den Nollendorfplatz aus. Er ist inzwischen überregionaler Anziehungspunkt für internationales Publikum in Berlin.

#### Für Schöneberg haben wir uns Folgendes vorgenommen:

- In den nächsten Jahren wird die Bevölkerung in Schöneberg zunehmen. Der Ortsteil braucht deshalb eine stärkere Konzentration auf den Wohnungsneubau. Die CDU sieht Potenzial unter anderem an folgenden Standorten:
  - rund um den Bahnhof Südkreuz und am Sachsendamm;
  - in der Bautzener Straße;
  - auf dem ehemaligen Telekomgelände in der Hauptstraße/Belziger Straße;
  - am ehemaligen Straßenbahndepot in der Belziger Straße;
  - im Großraum Innsbrucker Platz.
- Der S-Bahnhof Yorckstraße soll saniert und eine Verbesserung des Bahnhofsumfeldes durch Aufwertung der Ladenzone zwischen Bautzener Straße und dem S-Bahnhofsgebäude erreicht werden.
- Die sogenannte Begegnungszone in der Maaßenstraße wurde gegen den Willen der CDU sowie vieler Anwohner und Geschäftsinhaber realisiert. Die bestehenden Probleme in der Straße wurden damit nicht gelöst, sondern verschlimmert. Bei der Neugestaltung des Nollendorfplatzes sollte dieser Fehler nicht wiederholt werden. Der CDU ist es wichtig, die Interessen der Anwohner stärker zu berücksichtigen und dem Gesamtplatz mehr Aufenthaltsqualität zu geben.

- 171
- 172
- 173
- 174
- 175
- 176
- 177
- 178
- 179
- 180
- 181
- 182
- 183
- 184
- 185
- 186
- 187
- 188
- 189
- 190
- 191
- 192
- 193
- 194
- 195
- 196
- 197
- 198
- 199
- 200
- 201
- 202
- 203
- 204
- 205
- 206
- 207
- 208
- 209
- 210
- 211
- 212
- 213
- 214
- 215
- 216
- 217
- 218
- Das Gebiet zwischen Nollendorfplatz, Viktoria- Luise-Platz und Barbarossaplatz hat sich durch neue Bars, Restaurants, Galerien und Hotels zum Hotspot des Tourismus entwickelt. Die Folge ist deutlich mehr Fuß-, Rad- und PKW-Verkehr. Da das vorgeschriebene Tempo-30-Limit oft nicht beachtet wird, brauchen wir mehr Verkehrskontrollen, damit der zunehmenden Gefährdung von Kindern vor Kitas und Schulen endlich Einhalt gewährt wird. Wir brauchen hier Maßnahmen wie zum Beispiel versetztes Querparken und Zebrastreifen. Ziel ist es, den quartiersfremden Verkehr zu reduzieren und den motorisierten Verkehr zu verlangsamen. Dadurch wird eine Verbesserung der Qualität des Wohnumfeldes erzielt.
  - Im Schöneberger Norden sind durch rot-grüne Politik in den letzten Jahren mehrere hundert Parkplätze zielgerichtet vernichtet worden, während gleichzeitig in den nächsten Jahren dort rund 500 neue Wohneinheiten entstehen werden. Der dadurch entstehende zusätzliche Parkplatzdruck im Gebiet kann auch durch ein verändertes Verkehrsverhalten mit weniger Individualfahrzeugen nicht aufgefangen werden. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass bei Wegfall von PKW-Stellplätzen künftig an anderer Stelle Ersatz geschaffen wird.
  - Das Fahrrad bekommt in der Innenstadt immer größere Bedeutung. Wir brauchen deshalb an den Umsteigebahnhöfen der U- und S-Bahn in Schöneberg eine ausreichende Anzahl von Fahrradabstellplätzen.
  - Der Bayerische Platz ist einer der zentralen Orte im Schöneberg. Mit einem Tourismuskonzept, das auf dem ehemals jüdischen Leben in Schöneberg und der entsprechenden Ausstellung im Rathaus basiert, ließe sich das Quartier um den Bayerischen Platz zu einem weiteren Anziehungspunkt im Norden des Bezirks weiterentwickeln. Dies dient auch der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Einzelhandel und Gastronomie.
  - Das Rathaus Schöneberg ist ein historischer Ort von überregionaler Bedeutung. Der Vorplatz wird mit seinem verwahrlosten Grün jedoch immer stärker zu einem Schandfleck. Eine Sanierung der Pflanzbereiche muss attraktiv und kostengünstig möglich sein. Dem stetig schrumpfenden öffentlichen Wochenmarkt auf dem John-F.-Kennedy Platz muss durch ein attraktiveres Marktkonzept entgegengewirkt werden. Zusätzlich ist zu untersuchen, ob auf einer begrenzten Zahl von Parkflächen eine Stromtankstelle für Elektrofahrzeuge eingerichtet werden kann.
  - Der Straßenzug Potsdamer Straße/Hauptstraße ist eine der Verkehrsadern im Bezirk. Die Wiederbelebung dieses Straßenzuges als belebte Geschäftsstraße hat für die CDU weiterhin oberste Priorität. Ausgehend vom Potsdamer Platz sind bereits deutliche Erfolge zu erkennen. Um diesen Trend zu verstärken brauchen wir
    - ein Tourismuskonzept mit den Attraktionen entlang dieses Straßenzuges;
    - eine deutliche Reduzierung der aggressiven und globalisierten Straßenprostitution an der Kurfürstenstraße. Die CDU fordert deshalb tagsüber eine Sperrzeit zwischen 6.00 und 20.00 Uhr zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Anwohnern. Dabei geht es vor allem auch um die Eindämmung der Begleiterscheinungen wie die Verschmutzung der

- 219 umliegenden Grünanlagen und Kinderspielplätze sowie die Vornahme  
220 sexueller Handlungen auf offener Straße;
- 221 ➤ der Einzelhandelsschwerpunkt Kaiser-Wilhelm-Platz ist durch ein tragfähiges  
222 Marketingkonzept in seiner Funktion zu stärken;
- 223 ➤ für den Innsbrucker Platz ein Stadtentwicklungskonzept, das neben dem  
224 Verkehr auch die Wohn- oder Gewerbebebauung auf den Brachflächen  
225 zwischen Wexstraße und S- Bahnhof berücksichtigt;
- 226 ➤ nach einer Verlängerung der Straßenbahn vom Alexanderplatz zum  
227 Potsdamer Platz eine Prüfung, ob und in welcher Form eine  
228 Straßenbahnverbindung vom Potsdamer Platz in Richtung Steglitz erfolgen  
229 kann.
- 230
- 231 • Zu einem modernen Stadtbad, wie dem Hans-Rosenthal-Bad in der Hauptstraße,  
232 gehört mehr als nur ein Schwimmbcken. Badespaß und Erholung muss  
233 gleichermaßen berücksichtigt werden. Dazu gehört auch eine Sauna. Wir setzen uns  
234 deshalb dafür ein, dass die Bäderbetriebe Berlin die vorhandene Anlage sanieren  
235 und den Bürgern wieder zur Verfügung stellen.
- 236
- 237 • Der Kleistpark ist eine wichtige Grünanlage für die Menschen im Schöneberger  
238 Norden. Wir benötigen dort endlich wieder eine ausreichende Anzahl von  
239 Parkbänken damit sich die Aufenthaltsqualität, insbesondere für ältere Menschen,  
240 verbessert.

## 2. Friedenau

243  
244 Friedenau gehört zu den attraktivsten Wohnlagen in Berlin. Dies gilt es auch künftig zu  
245 sichern. Die Lösung eines der wichtigsten Probleme der Friedenauer - die Erweiterung der  
246 Straßenentwässerung - konnte gemeinsam mit der Anwohnerinitiative und der CDU-  
247 Abgeordnetenhausfraktion ohne Kosten für die Anwohner erreicht werden. Die  
248 Baumaßnahme wird 2017 abgeschlossen sein und die regelmäßige Überflutung der Keller  
249 bei stärkeren Regenfällen in der Friedenauer Senke beenden.

250  
251 Für Friedenau haben wir uns Folgendes vorgenommen:

- 252
- 253 • Die mehr als fünfjährigen Planungen für rund 800 Wohnungen auf dem ehemaligen  
254 Güterbahnhof Wilmersdorf sind kurzfristig abzuschließen, damit endlich mit dem Bau  
255 der dringend benötigten Wohnungen begonnen werden kann.
- 256
- 257 • Das Bezirksamt hat als Folge des Personalabbaus der vergangenen Jahre und der  
258 problematischen Haushaltslage das Rathaus Friedenau als Verwaltungsstandort  
259 aufgeben. Für die Zeit nach der derzeitigen Nutzung des Gebäudes als  
260 Flüchtlingsunterkunft bedarf es bereits heute eines neuen Nachnutzungskonzepts als  
261 Verwaltungsstandort. Die CDU setzt sich darüber hinaus für den Erhalt des „Theaters  
262 Morgenstern“ am bisherigen Standort im Rathaus Friedenau ein. Damit wird ein  
263 wichtiges Angebot für Kinder und Jugendliche im Herzen von Friedenau gesichert.  
264 Aufgrund der temporären Nutzung des Rathauses als Flüchtlingsunterkunft kommt  
265 dem Theater sogar eine neue Bedeutung, mit Blick auf die Integration von Kindern  
266 aus Flüchtlingsfamilien durch Einbeziehung in das Theaterangebot, zu.
- 267
- 268 • Die Parkplatzsituation ist in Friedenau unverändert schwierig. Es fehlen, bezogen auf  
269 die Einwohnerzahl, mehr als 1000 Parkplätze. Wir wollen aufgrund der vielen

270 Anwohnerwünsche aus dem Bereich der Ceciliengärten und anderer nördlicher  
271 Wohngebiete von Friedenau die Parkraumbewirtschaftung bis zum Innsbrucker Platz  
272 ausweiten, damit sich die Parkplatzsituation der Anwohner deutlich verbessert.  
273

274 • Zur Stärkung des Einzelhandelsstandortes Rheinstraße fordert die CDU ein  
275 professionelles Geschäftsstraßenmanagement unter Einbeziehung der Einzelhändler  
276 beziehungsweise Geschäftsinhaber und Hauseigentümer. Die Rheinstraße wird nur  
277 dann langfristig florieren, wenn das Angebot an vielfältigen Geschäften und  
278 Restaurants eine sinnvolle Ergänzung zur Schloßstraße darstellt.  
279

280 • Das kleine Theater am Südwestkorso ist ein wichtiger kultureller Anlaufpunkt in  
281 Friedenau und darüber hinaus. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass diese  
282 kreative Oase erhalten bleibt und die engagierte Arbeit vor Ort unterstützen.  
283

284 • Um im Bereich des Friedrich-Wilhelm-Platzes eine höhere Aufenthaltsqualität zu  
285 schaffen, wollen wir diese Platzanlage mittelfristig verändern. Wir fordern die  
286 Schaffung neuer, direkter Fußgängerüberwege aus Richtung Schmargendorfer  
287 Straße bis zur Kirche und weiter in Richtung Wiesbadener Straße. Bereits laufende  
288 Planungen für den Bau eines barrierefreien Zugangs zum U-Bahnhof Friedrich-  
289 Wilhelm-Platz sind dabei zu berücksichtigen.  
290

### 3. Tempelhof

292  
293 Der Ortsteil Tempelhof befindet sich - klar zu erkennen am Tempelhofer Damm - im  
294 Umbruch. Das Volksbegehren zum Tempelhofer Feld hat den Plänen des aus Tempelhof  
295 stammenden Regierenden Bürgermeisters eine klare Absage erteilt. Für die Gebiete nördlich  
296 der Autobahn muss endlich ein schlüssiges Entwicklungskonzept inklusive des ehemaligen  
297 Flughafengeländes geschaffen werden. Südlich der Autobahn ist der Ortsteil Tempelhof  
298 durch eine Mischung aus Wohnen und Gewerbe gekennzeichnet. Diese gilt es als neue  
299 Berliner Mischung aus Dienstleistung und dienstleistungsorientierter Produktion  
300 wiederzubeleben.  
301

302 Für Tempelhof haben wir uns Folgendes vorgenommen:  
303

304 • Der Tempelhofer Damm als Einkaufsstraße braucht neue Impulse und die  
305 Aufwertung des gesamten Straßenzugs nötig. Deshalb brauchen wir endlich ein  
306 abgestimmtes Maßnahmenkonzept für die wichtigste Einkaufsstraße Tempelhofs.  
307

308 • Die nördliche Manfred-von-Richthofen-Straße als regionale Einkaufsstraße zu  
309 stärken.  
310

311 • Die Industrieflächen an der Germania- und Oberlandstraße sind mit dem Ziel einer  
312 Mischung aus Wohnen und Gewerbe neu zu ordnen. Dafür müssen die  
313 planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Hier könnten mehr als  
314 1000 Wohnungen entstehen.  
315

316 • Rund um das Rathaus Tempelhof gibt es mit dem Stadtbad, der Stadtbücherei, der  
317 Polizei und dem großen Verwaltungsstandort im Rathausgebäude eine Konzentration  
318 von öffentlicher Infrastruktur. Dank des Engagements der CDU konnte die  
319 Schließung des Stadtbades verhindert werden, hier wird in den nächsten Jahren eine  
320 Sanierung erfolgen. Seit Jahren scheitert die CDU an der politischen Mehrheit bei  
321 dem Versuch, Geld für die Erneuerung der baulich maroden, aber bildungs- und

322 kulturpolitisch äußerst wichtigen Bezirkszentralbibliothek in der Götzstraße zu  
323 sichern. 2017 werden wir einen weiteren Anlauf zur Sicherung der Bibliothek starten.  
324

325 • Der ehemalige Parkplatz des Rathauses am Tempelhofer Damm ist zurzeit eine öde  
326 Fläche. Hier bietet sich die Möglichkeit einer ergänzenden Bebauung aus Wohnen  
327 und ebenerdigen Gewerbeflächen. Bibliothek und Schwimmbad dürfen durch eine  
328 Neubebauung nicht in ihrer Entwicklung gehindert, sondern sollen durch eine bessere  
329 Außenwerbung und Durchwegung gefördert werden.  
330

331 • Das Tiergehege im Franckepark ist ein wichtiger Anlaufpunkt für die Familien im Kiez.  
332 Deshalb wollen wir es langfristig erhalten.  
333

334 • Der Volkspark Marienhöhe soll mittelfristig der Bevölkerung wieder besser zugänglich  
335 gemacht werden. Deshalb hat die CDU dafür gesorgt, dass die Sanierung der Wege  
336 in das bezirkliche Investitionsprogramm aufgenommen wird. Bereits Ende 2015  
337 konnte der sanierte Spielplatz auf der Marienhöhe eröffnet werden.  
338

339 • Das Luise-Henriette-Gymnasium wird durch die Sanierung des Gebäudes langfristig  
340 als Gymnasialstandort gesichert.  
341

### 342 **Tempelhofer Feld**

343 Seit Jahren ist ein dauerhaftes Konzept für die Flughafengebäude überfällig. Dafür trägt  
344 ausschließlich der jetzige Regierende Bürgermeister und ehemalige Bausenator Michael  
345 Müller die Verantwortung. Die mangelhafte Auslastung der Flughafengebäude kostet Berlin  
346 seit der Schließung des Verkehrsflughafens im Jahr 2008, einen zweistelligen  
347 Millionenbetrag pro Jahr. Die geplante und teilweise realisierte Zwischennutzung als  
348 Massenunterkunft für bis zu 7000 Flüchtlinge schafft zusätzliche Probleme, da vernünftige  
349 Integrationsmaßnahmen unter solchen Rahmenbedingungen nicht erfolgreich sein können.  
350 Deshalb ist es entscheidend, dass die durch den Senat vorgenommene Aufstellung mobiler  
351 Notunterkünfte auch tatsächlich auf drei Jahre befristet bleibt und das Bebauungsverbot  
352 nicht angetastet wird. Für die CDU ist klar: Nur gemischte Stadtviertel haben das Potenzial  
353 für eine nachhaltige, soziale Integration. Die ‚Berliner Mischung‘ bleibt deshalb unser Leitbild  
354 für die Entwicklung der Stadt.  
355

356 Mittelfristig wollen wir das Gebäude und sein Umfeld bewahren und respektvoll nutzen. Die  
357 Entwicklung zu einem Kultur-, Kreativ- und Gründerzentrum bleibt unsere politische  
358 Zielsetzung. Tempelhof bleibt Zukunftsort. Sobald die Notunterbringung von Flüchtlingen an  
359 diesem Ort nicht mehr erforderlich ist, müssen dafür weiter konsequent die notwendigen  
360 Schritte gegangen sowie Flächen modernisiert und ertüchtigt werden. Wir wollen diesen  
361 weltweit einmaligen Standort weiter öffnen und lebendig gestalten. Für die Freiflächen auf  
362 dem Feld sehen wir die langfristige Nutzung als überregionale Grünanlage vor.  
363

364 Die CDU fordert daher:

365 • Für die denkmalgeschützten Flughafengebäude muss endlich ein konsistentes  
366 Nachnutzungskonzept entwickelt werden. Es sollte der historischen Bedeutung des  
367 ehemaligen Flughafens Tempelhof gerecht werden und gleichzeitig die öffentliche  
368 Hand von hohen Unterhaltungskosten entlasten.  
369

370 • Ein neuer S-Bahnhof Oberlandstraße als Halt der Ringbahn zwischen den S-  
371 Bahnhöfen Tempelhof und Hermannstraße soll realisiert werden.  
372

373 • Die Erreichbarkeit des Flugfeldes für Besucher mit öffentlichen Verkehrsmitteln soll  
374 verbessert werden. Deshalb sind die ehemaligen Zugänge von den U-Bahnhöfen



375 Tempelhof sowie Paradedstraße zu öffnen sowie ein Abgang auf der östlichen Seite  
376 des S-Bahnhofes Tempelhof zu schaffen. Dies erleichtert den Zugang zum Flugfeld  
377 und entschärft die Verkehrssituation insbesondere am S-Bahnhof Tempelhof.  
378

379 • Der in Teilbereichen des Tempelhofer Feldes zunehmende Handel mit  
380 Betäubungsmitteln muss unterbunden werden. Das Tempelhofer Feld soll als  
381 Freifläche für Freizeit, Sport und Erholung dienen.  
382

383 • Der Senat legt - unter Beteiligung der Bezirke - ein tragfähiges Verkehrskonzept vor,  
384 um die Probleme zu lösen, die durch den Besucherandrang bei Veranstaltungen auf  
385 dem Tempelhofer Feld für die benachbarte Gartenstadt Neu-Tempelhof entstehen. In  
386 die Planung sind die im alten Flughafenareal vorhandenen Stellplatzanlagen  
387 einzubeziehen. Hier kann an die Tradition bei Veranstaltungen der Alliierten auf dem  
388 Flughafengelände angeknüpft werden. Entscheidend ist, dass die Anwohner der  
389 Gartenstadt Neu-Tempelhof endlich vom Verkehr entlastet werden.  
390

#### 391 **4. Mariendorf und Marienfelde**

392 Die Ortsteile Mariendorf und Marienfelde sind nach wie vor beliebte Wohnlagen im Bezirk.  
393 Dieser Umstand bietet die Möglichkeit, seit Jahrzehnten ungenutzte Industrieflächen zu  
394 beleben und dort neuen Wohnraum anzubieten. Dieses Konzept wollen wir auch in der  
395 künftigen Wahlperiode wieder mit Nachdruck vertreten.  
396

397 Für Mariendorf und Marienfelde haben wir uns Folgendes vorgenommen:  
398

399 • Untergenutzte Industrie – und Gewerbeflächen sind zu ermitteln und planungsrechtlich  
400 als Siedlungsfläche für Ein- und Zweifamilienhäuser auszuweisen sowie zu größeren  
401 Wohnungsbaustandorten mit mehr als 300 Wohneinheiten zu entwickeln. Dabei muss  
402 sichergestellt sein, dass sich die neue Bebauung mit bereits bestehenden  
403 Wohnnutzungen harmonisch ergänzt.  
404

405 • Die Entwicklung des Marienparks, dem ehemaligen Gasag-Gelände an der Ringstraße,  
406 soll verstärkt und der Hafen am Gasag-Gelände in diese Planungen (z.B. als  
407 Freizeithafenanlage für Sport- und Hausboote) einbezogen werden. Darüber hinaus ist  
408 die Realisierung des S-Bahnhofs Kamenzer Damm zu forcieren, um das Gelände  
409 besser an den ÖPNV anzubinden.  
410

411 • Die schon lange geforderte, dauerhafte Sicherung der restlichen Kleingärten entlang  
412 der Säntisstraße soll sichergestellt und die schon leergeräumten Flächen einer  
413 nachbarschaftlich verträglichen Nutzung zugeführt werden.  
414

415 • Der Kreuzungsbereich „Marienfelder Allee, Friedenfelser Straße (B 101),  
416 Hildburghäuser Straße und Nahmitzer Damm“ muss, wie seit langem von der CDU  
417 gefordert, entsprechend des Verkehrsaufkommens zur Reduzierung des Staus  
418 umgebaut werden.  
419

420 • An der künftigen Strecke der Dresdner Bahn soll ein neuer Regionalbahnhof Buckower  
421 Chaussee entstehen, um die Anbindung des gesamten Gebietes an das öffentliche  
422 Nahverkehrsnetz erheblich zu verbessern.  
423

424 • Rund um den U-Bahnhof Alt-Mariendorf und den Marktbereich an der Prinzenstraße  
425 soll das öffentliche Straßenland attraktiver gestaltet und aufgewertet werden.  
426  
427

- 428 • Bei städtebaulicher Neufassung des Verkehrsknotens Alt-Mariendorf bleibt ein P+R-  
429 Angebot im Umfeld des U-Bahnhofes Alt-Mariendorf erhalten.  
430
- 431 • Die Trabrennbahn Mariendorf soll in bezirkliche Nutzungskonzepte einbezogen  
432 werden, um damit den Bestand dieser Fläche zu sichern.  
433
- 434 • Für den Bereich der Grünflächen nördlich des Wildspitzwegs wird eine  
435 Gestaltungssatzung zum Zweck der Anbindung des „Britzer Gartens“ entwickelt. Damit  
436 soll auch einer unverhältnismäßigen Bebauung, die dem Charakter des Gebiets  
437 widerspricht, entgegengewirkt werden.  
438
- 439 • Der von der CDU erreichte Um- und Neubau des Bades am Ankogelweg zu einem  
440 Erlebnis-, Sport- und Freizeitbad soll schnellstmöglich begonnen werden. Die  
441 Bauarbeiten sind unter Beachtung des auch während dieser Arbeiten bestehenden  
442 Bedarfs an Schwimmflächen für Schulen und Vereine sowie des Schutzes betroffener  
443 Anlieger vor den Folgen der Bauarbeiten schnell einzuleiten und abzuschließen.  
444
- 445 • Die Entwicklung von Wohnungsbauflächen auf dem bisherigen Schulersatzstandort der  
446 Gustav-Heinemann-Schule wird forciert, da das Grundstück nach dem Neubau der  
447 Schule nicht mehr benötigt wird.  
448

## 5. Lichtenrade

450

451 Lichtenrade ist der südlichste Ortsteil unseres Bezirks. Neben einigen Großsiedlungen finden  
452 sich hier vor allem viel Grün, Einfamilienhäuser und zum Teil noch dörflich anmutende  
453 Strukturen. Die Lichtenrader haben eine ausgeprägte Bindung an ihren Ortsteil, leben  
454 teilweise seit mehreren Generationen in ihrem Kiez und sind zu Recht stolz auf ihr  
455 vielfältiges bürgerschaftliches Engagement. Starke Vereine und lebendige  
456 Kirchengemeinden sind hier noch selbstverständlich. Lichtenrade hat eine hohe Wohn- und  
457 Lebensqualität, die wir unbedingt erhalten wollen.  
458

459 Für Lichtenrade haben wir daher folgende Ziele:

- 460
- 461 • Die Dresdner Bahn gehört in den Tunnel. Wir wollen nicht, dass der Ortsteil in zwei  
462 Hälften gespalten und die Lebensqualität Lichtenrades massiv beeinträchtigt wird!  
463 Deshalb kämpfen wir seit vielen Jahren gemeinsam mit der Bürgerinitiative „Dresdner  
464 Bahn“ auf allen Ebenen für eine politische Lösung im Sinne der Menschen von  
465 Lichtenrade. Leider fehlte in der Vergangenheit oftmals eine wirkliche Unterstützung  
466 durch den Berliner Senat und insbesondere den Regierenden Bürgermeister. Daher  
467 hat jetzt das Eisenbahnbundesamt die ebenerdige Streckenführung genehmigt.  
468 Davon sind wir enttäuscht, aber nicht entmutigt: Entschlossen werden wir die Klagen  
469 der Lichtenrader und das Engagement der Bürgerinitiative gegen den  
470 Planfeststellungsbeschluss unterstützen.
- 471 • Die Flugrouten des neuen Flughafens BER in Schönefeld sind so zu gestalten, dass  
472 sie Lichtenrade und die südlichen Bezirke Berlins nicht mit erheblichem Fluglärm  
473 belasten. Hier haben wir in der Vergangenheit viel erreicht und dafür gesorgt, dass  
474 die im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens getätigten Aussagen auch  
475 eingehalten werden. Jetzt muss sichergestellt werden, dass dies in der  
476 Fluglärmkommission nicht ausgehebelt wird und insbesondere die Nachtflüge  
477 Lichtenrade nicht belasten. Das muss Chefsache sein. Deshalb soll der Bezirk

478 zukünftig immer durch die Bezirksbürgermeisterin in der Fluglärmkommission  
479 vertreten werden.

480

- 481 • Die Attraktivität der Bahnhofstraße wollen wir erhalten und stärken. Sie ist weit mehr  
482 als nur regionale Einkaufsstraße für den täglichen Bedarf der Lichtenraderinnen und  
483 Lichtenrader, sie ist zugleich ein Ort der Begegnung und der Kommunikation. Wir  
484 begrüßen daher, dass nun rund 20 Millionen Euro zur Aufwertung dieses Bereichs im  
485 Rahmen des Städtebauförderprogramms „Aktive Zentren“ zur Verfügung stehen.  
486 Diese Chance wollen wir im Interesse der Menschen und der Gewerbetreibenden in  
487 Lichtenrade nutzen.

488

489 Die CDU fordert daher:

490

491 ➤ Die Umgestaltung der Bahnhofstraße muss sich an den Bedürfnissen der  
492 Menschen und Gewerbetreibenden orientieren. Interessengegensätze müssen in  
493 Einklang gebracht, nicht aber gegeneinander ausgespielt oder gar übergangen  
494 werden. Die Investitionsmittel sind effektiv und mit nachhaltigem Nutzen für alle  
495 Lichtenrader einzusetzen.

496 ➤ In die Planungen sind die Lichtenrader Bürger und lokalen Akteure, die Vereine,  
497 Bürgerinitiativen und die Vertretungen der Gewerbetreibenden umfassend  
498 einzubeziehen. Die Planungsprozesse sind für die Beteiligten transparent und  
499 überschaubar zu gestalten. Bürgerbeteiligung muss ernst gemeint sein und darf  
500 sich nicht in Alibi-Veranstaltungen erschöpfen.

501 ➤ Der Einzelhandel, die Arztpraxen und die anderen Gewerbetreibenden dürfen  
502 durch die Umgestaltung der Bahnhofstraße nicht in ihrer wirtschaftlichen Existenz  
503 gefährdet werden. Die bisherige Anzahl von Parkplätzen darf daher nicht  
504 reduziert werden, eher bedarf es eines stadtverträglichen Ausbaus. So gewinnt  
505 die Bahnhofstraße auch überregional, für Kunden aus Brandenburg, an  
506 Attraktivität.

507 ➤ Die Aufenthaltsqualität der Bahnhofstraße muss verbessert werden. Dazu muss  
508 es mehr gepflegtes Grün und Orte des Verweilens und der Kommunikation  
509 geben.

510 ➤ Die alte Mälzerei muss endlich wieder belebt werden. Wir treten für ein  
511 Nutzungskonzept ein, das Kultur, Wirtschaft und Freizeit miteinander verbindet. In  
512 die Nutzungsüberlegungen sind auch die Bibliothek, das Bürgeramt und der  
513 Pfarrer-Lütkehaus-Platz einzubeziehen. Wir treten dafür ein, dass diese  
514 unbedingt erhalten bleiben.

515

- 516 • Wir wenden uns entschieden gegen Überlegungen, das Gemeinschaftshaus als  
517 Bürogebäude zu nutzen. Wir wollen, dass das Gemeinschaftshaus als kulturelles und  
518 gesellschaftliches Herz Lichtenrades fortbesteht und langfristig als Veranstaltungs-  
519 und Kommunikationszentrum für alle Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt.

520

- 521 • Die zentralen Verkehrsadern durch Lichtenrade, der Kirchhainer und der Lichtenrader  
522 Damm, müssen entlastet werden. Der autobahnähnliche Ausbau der B96 in  
523 Brandenburg, die wachsenden Einwohnerzahlen in den Umlandgemeinden und die  
524 damit verbundene Zunahme des Pendlerverkehrs sorgen für erheblichen Verkehr und  
525 entsprechenden Lärm auf der B96. Wir wollen erreichen, dass weniger Pendler mit  
526 dem PKW unterwegs sind und setzen uns daher für engere Taktzeiten der S-Bahn  
527 aus Blankenfelde und große Park-&-Ride-Standorte an den S-Bahnhöfen Mahlow

528 und Blankenfelde ein. Es bedarf eines integrierten Verkehrskonzeptes zwischen  
529 Berlin und Brandenburg, das die Pendlerströme besser steuert und mittelfristig zu  
530 einer Reduzierung des PKW-Pendlerverkehrs führt.

- 531
- 532 • Die Anbindung Lichtenrades an den ÖPNV soll ausgebaut werden. Im Ortsteil  
533 Lichtenrade wächst in den nächsten Jahren die Bevölkerungszahl, auch gibt es  
534 vermehrt ältere Menschen. Wir setzen uns daher dafür ein, das bisherige öffentliche  
535 Nahverkehrsangebot auszubauen und insbesondere die Angebote der Buslinien 175,  
536 172 und 275 zu verbessern.
  - 537
  - 538 • Die in den Großsiedlungen im Bereich Nahariyastraße und John-Locke-Straße  
539 anstehenden Sanierungen sollen sozialverträglich erfolgen. Dafür wollen wir einen  
540 Runden Tisch zwischen Mietern und den verschiedenen städtischen  
541 Wohnungsgesellschaften initiieren. Soziale Härten müssen abgefedert werden.
  - 542
  - 543 • Wir wollen das Gebiet um den Dorfteich unter dem Motto: „Neues Leben im alten  
544 Dorfkern“ mit hoher Attraktivität für alle Bürger weiterentwickeln. Dazu gehört, dass  
545 das Bezirksamt mehr finanzielle Mittel für die Reinigung des Dorfteiches und der  
546 Uferpromenade bereitstellt. Das Ordnungsamt soll konsequent gegen Dreck, Lärm  
547 und Müll vorgehen.
  - 548
  - 549 • Die Menschen sollen sich im öffentlichen Raum sicher fühlen können. Wir setzen uns  
550 daher dafür ein, dass Straßen, Wege und Plätze wie etwa der Spielplatz des  
551 Ekensunder Platzes entlang der Barnetstraße hell beleuchtet sind.
  - 552
  - 553 • Das vielfältige kulturelle Angebot soll gestärkt und ausgebaut werden. Dazu gehört:  
554
    - 555 ➤ Chancen gemeinsamer Musik- und Kulturveranstaltungen mit Brandenburg  
556 ausloten;
    - 557 ➤ Das alte Pumpwerk in der John-Locke-Straße zu einer Einrichtung für  
558 betreutes Wohnen in Kombination mit Werkstätten zu ertüchtigen;
    - 559 ➤ Alt-Lichtenrade und das Gebiet um den Dorfteich durch geeignete  
560 Veranstaltungen weiter zu beleben.
  - 561
  - 562 • Der Volkspark Lichtenrade soll sein gepflegtes Erscheinungsbild behalten. Das  
563 jahrzehntelange Engagement der Bürgerinitiative ist vorbildlich und muss weiter  
564 unterstützt werden.
  - 565
  - 566 • Der Verkehr in Lichtenrade muss sicherer werden. Gerade die vielen älteren  
567 Menschen und Schulkinder müssen gefahrlos die Straßen überqueren können. Wir  
568 verfolgen daher weiter das Ziel, einen Fußgängerüberweg in der Barnetstraße Höhe  
569 Nuthestraße/Simpsonweg zu schaffen. Auch die Verkehrssituation am Töpchiner  
570 Weg muss auf eine solche Notwendigkeit überprüft werden.
  - 571
  - 572

## 573 **II. Wohnen und Arbeiten zwischen Stadtrand und KaDeWe**

574  
575 Wohnort und direktes Umfeld sind wichtige Bezugspunkte in unserem Leben. Aufgabe einer  
576 ausgewogenen, vorausschauenden und nachhaltigen Stadtplanung ist es, Menschen mit  
577 unterschiedlichen Lebensentwürfen in den verschiedenen Kiezen des Bezirkes eine Heimat

578 zu bieten. In unserem Bezirk werden die unterschiedlichsten Wohnbedürfnisse befriedigt. Es  
579 gibt unverändert ein buntes Miteinander von großstädtischer Bebauung im Herzen der City–  
580 West bis zu Großsiedlungen und alten Dorfkernen im Süden des Bezirks. Unser Bezirk steht  
581 mit rund 340.000 Einwohnern zusammen mit Bielefeld auf Platz 18 der größten Städte der  
582 Bundesrepublik. Berlin ist in den letzten Jahren auch ohne Flüchtlingszuzug unerwartet stark  
583 gewachsen. Diese Entwicklung ist weitestgehend an unserem Bezirk vorbeigegangen. Das  
584 liegt zum Teil daran, dass große Flächen des Bezirks immer noch unterdurchschnittlich  
585 genutzte Industrieflächen sind. Das Hauptproblem ist jedoch das die Politik der rot–grünen  
586 Mehrheit bis heute keine wirkliche Vorstellung darüber entwickelt hat, welches besondere  
587 Profil unser Bezirk unter den Berliner Bezirken haben soll. Die Nähe zum neuen  
588 Großflughafen in Schönefeld bietet genauso wie der EUREF–Campus an der Torgauer  
589 Straße große Perspektiven für die Entwicklung unseres Bezirkes. Nach wie vor fehlt ein  
590 bezirkliches Tourismuskonzept, das dem örtlichen Einzelhandel im Kampf um das  
591 wirtschaftliche Überleben hilft. Auch an einer Verzahnung zwischen Stadtplanung und  
592 Wirtschaft mangelt es, um nicht mehr benötigte Industrieflächen als Wohnungsbauflächen zu  
593 entwickeln. Die Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt mit einem zusätzlichen Bedarf  
594 von fast 100.000 Wohnungen macht die Dringlichkeit dieser Aufgabe deutlich. Zu allen  
595 Stadtentwicklungsfragen gehört ein ernsthafter Dialog mit den Bürgern über die Frage  
596 welche überbezirklichen Anforderungen es gibt, welche Folgen und Chancen sich aus der  
597 weiteren Verdichtung der Stadt ergeben und wo auch die Belastungsgrenzen für die  
598 Betroffenen liegen. Das wollen wir auch in den nächsten fünf Jahren tun.  
599

## 1. Stadtentwicklung – vorhandene Potentiale besser nutzen

601  
602 Hier werden die Grundentscheidungen für Zukunftsprojekte des Bezirks getroffen. Wer seine  
603 Flächen nicht intelligent entwickelt, seine Wohngebiete nicht durch unterschiedlichste  
604 Maßnahmen attraktiv gestaltet, eine entsprechende Imagewerbung betreibt und Trends  
605 verschläft setzt in der digitalen Zeit die Attraktivität von Stadtteilen aufs Spiel. Rot–Grün im  
606 Bezirk führt dies exemplarisch an der systematischen Blockadepolitik gegenüber der  
607 Expansion des EUREF–Campus in der Torgauer Straße vor.  
608

609 Die CDU fordert daher:

- 610  
611 • Eine spezielle Profilbildung für alle Gewerbe– und Industriegebiete im Bezirk und -  
612 bei Bedarf - eine planungsrechtliche Anpassung der Gebiete an das Gebietsprofil.  
613 Dies muss gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft und den relevanten  
614 Akteuren in Berlin erfolgen.  
615
- 616 • Die „Berliner Mischung“ aus enger räumlicher Verzahnung von Wohnen und Arbeiten  
617 soll wiederbelebt beziehungsweise gestärkt werden. Dies gilt insbesondere für die  
618 stark dienstleistungsorientierten Ortsteile Schöneberg und Friedenau.  
619
- 620 • Die planungsrechtliche Ausweisung nicht mehr benötigter Industriebrachen als  
621 Siedlungsfläche für Einfamilienhäuser und Geschosswohnungsbau. Im Rahmen einer  
622 solchen Grundüberlegung muss auch geklärt werden, in welchem Verhältnis  
623 zueinander Ein– und Zweifamilienhäuser, Eigentumswohnungen, Mietwohnungen  
624 und sozialer Wohnungsbau entstehen sollen. Wichtig ist für die CDU eine gute  
625 soziale Durchmischung bestehender und neuer Wohngebiete, damit keine sozialen  
626 Problemkiese entstehen. Bei der Neuentwicklung größerer Wohngebiete ist in jedem  
627 Fall ausreichend soziale Infrastruktur (Schulen, Kindertagestätten,  
628 Senioreneinrichtungen, Grünanlagen etc.) einzuplanen.  
629

- 630  
631  
632  
633  
634  
635  
636  
637  
638  
639  
640  
641  
642  
643  
644  
645  
646  
647  
648  
649  
650  
651  
652  
653  
654  
655  
656  
657  
658  
659  
660  
661  
662  
663  
664  
665  
666  
667  
668  
669  
670  
671  
672  
673  
674  
675  
676  
677  
678  
679  
680  
681  
682
- Das Rückgrat des bezirklichen Handels ist der Mittelstand. Damit dieser auch künftig eine Chance hat, müssen wir die Attraktivität der Einkaufsstraßen steigern. Deshalb wollen wir:
    - für die bestehenden Einkaufsstraßen gemeinsam mit Eigentümern und Einzelhandelsinitiativen ein Management gegen Leerstand schaffen;
    - Leerstand durch einzelfallbezogene, gegebenenfalls auch kostenlose Zwischennutzung von Läden durch Künstler oder öffentliche Ausstellungen nutzen und somit den optischen Eindruck von Einzelhandelsstraßen – auch im Interesse der Vermieter – verbessern;
    - das ab 2016 Anwendung findende Spielhallengesetz konsequent nutzen um die Anzahl der Spielhallen zu reduzieren und damit auch der Verschandelung des Stadtbildes entgegenzuwirken.
  - Der Bezirk muss Möglichkeiten, Fördermittel des Bundes aus Städtebauförderungsprogrammen zu erhalten, konsequent nutzen. Dies dient dem Ziel die Wohnqualität und Nutzungsvielfalt zu erhöhen sowie die Generationengerechtigkeit und Barrierefreiheit in unseren Kiezen zu verbessern.
  - Die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften haben zahlreiche Wohnungen im Bezirk. Es ist deshalb ein regelmäßiger Austausch des Bezirksamtes mit diesen Gesellschaften nötig, um auf den Bedarf an spezifischem Wohnraum im Bezirk hinzuweisen. Dabei sollen die Wohnungsbaugesellschaften zudem ermuntert werden, durch Neubau- und Umbaumaßnahmen den Bestand an barrierefreiem Wohnraum entsprechend §51 BauO Bln zu erhöhen.
  - Eine kleine Erfolgsgeschichte sind die Spielplätze im Bezirk. Das von der CDU geführte Baudezernat hat einen Schwerpunkt seiner Arbeit in die Erneuerung der Spielplatzanlagen gelegt. Seit 2011 konnten rund 20 Spielplätze grundlegend erneuert beziehungsweise neu geschaffen werden. Hierzu zählen unter anderem die Anlagen
    - Lichtenrader Graben West,
    - Handjery- Ecke Niedstraße,
    - Am Insulaner,
    - Feldstedetr Weg,
    - Richterstraße,
    - Monumentenplatz,
    - Bautzener Straße,
    - Frobenstraße und
    - die Bewegungsflächen an der Torgauer Straße und der Götzstraße.
- Hieran möchten wir anknüpfen und auch in den kommenden Jahren die vorhandenen Spielplätze sicherer und attraktiver machen und vor allem sauber halten. Für den Schutz vor Verwahrlosung von Spielplatzanlagen können wir uns auch die Kooperation mit Bürger- oder Anwohnerinitiativen vorstellen.
- Neue Großsiedlungen im Bezirk sollen verhindert werden. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass solche Wohnformen regelmäßig die Gefahr bieten, zu sozialen Brennpunkten zu werden.
  - Eine weitgehende planungsrechtliche Sicherung der vorhandenen Kleingartenkolonien im Bezirk, da sie insbesondere für junge Familien und Senioren



683 einen hohen Freizeitwert haben und auch Urlaubsort für Menschen mit  
684 unterdurchschnittlichem Einkommen sind.

685

686

## 2. Aktive Wirtschaftspolitik betreiben

687

688 Die von der CDU zu verantwortende Wirtschaftspolitik in Berlin zeigt eindeutige Erfolge. Dies  
689 sind ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum, sinkende Arbeitslosigkeit und mehr  
690 Investitionen. Hier gilt es, auch im Bezirk mit einer aktiven Wirtschaftspolitik anzuknüpfen.  
691 Auf Bezirksebene ist Wirtschaftspolitik in erster Linie Standortpolitik. Deshalb müssen wir  
692 unsere Infrastrukturinvestitionen im Bezirk stärker auf dieses Ziel ausrichten. Dies gilt auch  
693 für die Vereinfachung von Verwaltungswegen bei der Neugründung oder Erweiterung von  
694 Unternehmen.

695

696 Die CDU fordert daher:

697

- 698 • Die Wirtschaftsförderung in Tempelhof-Schöneberg muss wieder Chefsache werden.  
699 Die Wirtschaftsförderung in Berlin hat mit der Schwerpunktsetzung auf die  
700 Ansiedlung spezieller Branchen großen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg der letzten  
701 Jahre gehabt. Dies fehlt uns im Bezirk. Leider wird die Bedeutung der bezirklichen  
702 Wirtschaftsförderung derzeit von Rot-Grün nicht erkannt. In der aktuellen „Berlin  
703 Strategie 2030“, das Stadtentwicklungskonzept des Senats, ist der Bezirk Tempelhof-  
704 Schöneberg im zukünftigen Handlungsfeld Wirtschaft nicht einmal erwähnt. Selbst  
705 das EUREF am Gasometer Schöneberg wird als wichtiger Forschungsstandort für die  
706 zukunftsfähige Energy and Green Technology ignoriert. Während sich die Berliner  
707 Wirtschaft rasant entwickelt, ruht sich die Bezirksbürgermeisterin auf der Industrie-  
708 und Gewerbe-geschichte des Bezirks aus.

709

710 Die CDU wird mit der bezirklichen Wirtschaftsförderung ein wirksames Wirtschafts-  
711 und Gewerbemanagement aufbauen, das - ergänzt um die Kenntnisse aus der  
712 Stadtplanung, der Sozialraumorientierung und dem Gewerbeamt - eine Mittler- und  
713 Koordinationsfunktion übernimmt. Wichtig ist eine einheitliche und vor allem  
714 erreichbare Anlaufstelle im Bezirk für Neugründer, Investoren und ortsansässige  
715 Unternehmen, die auch eine Beschleunigung von notwendigen  
716 Genehmigungsverfahren erreichen soll.

717

- 718 • Die positiven Effekte, die sich aus Inbetriebnahme des neuen Flughafens in  
719 Schönefeld für unseren Bezirk ergeben werden, dürfen vom Bezirksamt nicht länger  
720 verschlafen werden, sondern müssen als Standortvorteil genutzt werden. Der Bezirk  
721 braucht eine klare Strategie und Vorstellungen darüber, auf welche  
722 Wirtschaftsbranchen sich Marketing- und Förderaktivitäten konzentrieren sollen.  
723 Gemeinsam mit Unternehmerinnen und Unternehmern sowie den Verbänden wollen  
724 wir eine einheitliche Strategie für den Bezirk entwickeln.

725

- 726 • Das Standortmarketing des Bezirks muss verbessert werden. Dieses kann am  
727 glaubhaftesten vor Ort und gemeinsam mit ortsansässigen namhaften  
728 Unternehmerinnen und Unternehmern geschehen. Hierzu muss das Profil des  
729 Bezirks überdacht werden, wenn sich Tempelhof-Schöneberg von anderen Bezirken  
730 abheben möchte. Die Förderaktivitäten des Bezirks sind im Sinne einer  
731 Gesamtstrategie entsprechend anzupassen.

732

- 733
- 734
- 735
- 736
- 737
- 738
- 739
- 740
- 741
- 742
- 743
- 744
- 745
- 746
- 747
- 748
- 749
- 750
- 751
- 752
- 753
- 754
- 755
- 756
- 757
- 758
- 759
- 760
- 761
- 762
- 763
- 764
- 765
- 766
- 767
- 768
- 769
- 770
- 771
- Erhalt und Aufwertung der wirtschaftlich erfolgreichen Wochenmärkte und Großveranstaltungen im Bezirk. Über den Bezirk kann die Unterstützung sinnvoller Werbemaßnahmen als Beitrag für das Standortmarketing erfolgen.
  - Zur Steigerung der Attraktivität von Einkaufsstraßen gehören auch eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität und die Gewährleistung von ausreichenden Parkmöglichkeiten. Parkraumbewirtschaftung oder Parkscheibenregelungen können hierfür genauso einen Beitrag leisten wie die zeitliche Begrenzung von Busspuren. Die bezirklichen Einkaufsstraßen und Ortsteilzentren sind deshalb im Hinblick auf Käuferverhalten und Aufenthaltsqualität zu untersuchen und ein entsprechendes Maßnahmen- und Finanzierungskonzept gemeinsam mit Hauseigentümern und Einzelhandelsinitiativen zu entwickeln.
  - Wir brauchen für die unterschiedlichen Bereiche des Bezirks endlich individuelle Tourismuskonzepte. Besondere Bedeutung hat dabei das Berlin der Westalliierten mit dem Kontrollratsgebäude im Kleistpark, dem Rathaus Schöneberg als Sitz der Regierung West-Berlins, dem RIAS-Gebäude, dem Flughafen Tempelhof und dem Alliiertenmuseum im Flughafengebäude.
  - In unserem Bezirk befinden sich viele der wichtigsten Standorte des geteilten Berlins. Unter Einbeziehung des Checkpoint Charlie gibt es in Berlin keine vergleichbare Ansammlung von Standorten internationaler Nachkriegsgeschichte des geteilten Deutschlands. Mit einem vernünftigen Konzept bieten sich durchaus Chancen zur Aufnahme in internationale Reiseführer, um zusätzliche Kaufkraft für den Einzelhandel zu gewinnen.
  - Im Süden Tempelhof-Schönebergs, in Lichtenrade und Marienfelde müssen Angebote besser vernetzt und gemeinschaftlich mit den angrenzenden Brandenburger Landkreisen beworben werden. Dies gilt zum Beispiel für regionale gastronomische Angebote wie der „Brandenburger Gastlichkeit“. Ein zusätzlicher Fokus soll dabei auch auf mögliche Flächen für Hotelstandorte in Lichtenrade und Marienfelde gelegt werden, um Angebote für Interessenten im Rahmen der BER-Eröffnung bereitstellen zu können. Der Aufbau von Übernachtungsmöglichkeiten könnte auch der Lichtenrader Bahnhofstraße neue wirtschaftliche Dynamik geben.
  - Die bestehenden Unternehmensnetzwerke am Südkreuz, in der Motzener Straße und in der Großbeerenstraße sind eine Erfolgsgeschichte. Sie müssen durch die Bezirkspolitik weiter gestärkt und ausgebaut werden.

### 3. Wohnen im Bezirk

772

773

774

775

776

777

778

779

780

781

782

783

Der große Bedarf an bezahlbaren Miet- und Eigentumswohnungen führt auch in unserem Bezirk zu teilweise drastischen Mietsteigerungen beziehungsweise Kaufpreiserhöhungen für Eigentumswohnungen. Dies gilt insbesondere für Wohnraum in der Innenstadt. Die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt und damit auch die Angst vor Verdrängung aus dem Kiez ist deshalb groß. Von entscheidender Bedeutung ist, dass die Ursachen steigender Mieten bekämpft werden. Der beste Schutz vor Mietsteigerungen ist ein ausgeglichener Wohnungsmarkt, deshalb brauchen wir mehr Neubau von bezahlbaren Wohnungen. Unser Bezirk ist mit seinen 594 von insgesamt 20802 fertiggestellten Wohnungen in der Zeit von 2012 bis 2014 mit lediglich 2,9 Prozent an der Neubauquote beteiligt. Das ist eine Bankrotterklärung des Grün-geführten Stadtentwicklungsressorts im Bezirk. Diese geringe



784 Neubaurate geht zu Lasten der Menschen in Tempelhof-Schöneberg, die keinen Wohnraum  
785 finden. Hier muss dringend umgesteuert werden.

786

### 787 **Wohnungsneubau**

788 Wir brauchen sowohl Mietwohnungen als auch Eigentumswohnungen in allen  
789 Marktsegmenten. Der Schwerpunkt muss dabei jedoch auf bezahlbaren Mietwohnungen  
790 liegen, denn hier besteht in Berlin der größte Bedarf. Wir müssen aber auch auf die  
791 Herausforderungen des Klimawandels und einer immer älter werdenden Gesellschaft  
792 reagieren. Daher brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen, um energetische  
793 Sanierungen und altersgerechten Umbau sozialverträglich zu gestalten.

794

795 Die CDU fordert daher:

796

797 • Weitere Neubaugebiete mit mehr als 300 Wohneinheiten müssen im Bezirk  
798 ausgewiesen werden. Hierzu bieten sich ehemalige Gewerbe- und Industrieflächen  
799 insbesondere in den Ortsteilen Tempelhof, Mariendorf und Marienfelde an.

800

801 • Noch verbliebene Brachen in den bereits hochverdichteten Ortsteilen Schöneberg  
802 und Friedenau werden auf ihre Bebaubarkeit überprüft. Dazu gehören insbesondere  
803 Grundstücke im Eigentum öffentlicher Gesellschaften (zum Beispiel BSR).

804 • Die Regelungen des Dachgeschossausbaus sind zu vereinfachen, um auch hierüber  
805 neuen Wohnraum zu realisieren. Hierbei muss jedoch in jedem Einzelfall die  
806 städtebauliche Situation und die Situation der Bestandsmieter beurteilt werden,  
807 ansonsten entstehen neue städtebauliche Missstände welche die Wohnqualität des  
808 Quartiers beeinträchtigen.

809

810 • Bei der Suche nach Bauland wird die CDU die Flächen der Kleingartenkolonien  
811 ausnehmen. Sie haben eine lange Tradition im Bezirk und wir brauchen sie als  
812 individuelle Naherholungsgebiete für Familien.

813

814 • Öffentliche Grundstücke sollen kostenlos oder vergünstigt an öffentliche Bauherren  
815 oder Genossenschaften vergeben werden, um damit den Quadratmeterpreis für den  
816 Neubau von Wohnungen zu verringern. Das Ziel, bezahlbare Wohnungen neu zu  
817 schaffen, ist vertraglich sicherzustellen.

818

819 • Bei Neubauvorhaben ist aufgrund des demographischen Wandels Wohnraum  
820 einzuplanen, der sich für Seniorenwohngemeinschaften oder vergleichbare  
821 Wohnformen eignet.

822

823 • Die Fristen zur Schaffung von Planungsrecht bzw. Erteilung von Baurecht sind  
824 deutlich zu verkürzen. Ein Planungsprozess von fünf Jahren, wie er bei der  
825 Bebauung des ehemaligen Güterbahnhofs Wilmersdorf inzwischen Realität  
826 geworden ist, darf angesichts der Wohnungsnot nicht mehr vorkommen.

827

828 • Neue Wohnungen bedeuten mehr Autos und damit mehr Bedarf an Parkplätzen.  
829 Darauf ist bei Stadtplanung und Baugenehmigungen zu achten. Bauherren muss die  
830 Möglichkeit gegeben werden, Parkplätze in gewünschtem Maße bereitzustellen.

831

832 **Ein – und Zweifamilienhäuser**

833 Wir wollen gerade jungen Familien Raum geben. Deswegen setzen wir uns auch künftig  
834 dafür ein, dass ausreichend Bauland für Einfamilienhäuser, insbesondere in den südlichen  
835 Bezirksteilen, ausgewiesen wird. Mit dem Eintritt der CDU in die Berliner Landesregierung im  
836 Jahr 2011 hat die CDU ihr Wahlversprechen erfüllt und das ungerechte und ineffiziente  
837 Straßenausbaubeitragsgesetz abgeschafft. Dies hat den betroffenen Eigentümern  
838 selbstgenutzter Immobilien mehr finanzielle Sicherheit gegeben.

839

840 **Wohnumfeld**

841 Bei allen zusätzlichen Baumaßnahmen in hochverdichteten Bereichen wird die CDU darauf  
842 achten, dass sich die Wohnverhältnisse der bisherigen Bewohner nicht verschlechtern. Der  
843 Umfang von Dachausbauten, Aufstockungen und Anbauten muss so erfolgen, dass ein  
844 Zugewinn an Wohnqualität für alle Mieter und Wohnungseigentümer entsteht. Ansonsten gilt  
845 der Grundsatz „Weniger ist Mehr“.

846

847 Parallel zur Schaffung von neuem Wohnraum müssen auch ausreichend Kapazitäten an  
848 Schulplätzen, Kindertagesstätten und vergleichbarer sozialer Infrastruktur vorhanden oder  
849 zumindest ausbaubar sein.

850

851 Bei größeren Neubauvorhaben ist parallel zum Wohnungsbau die soziale Infrastruktur durch  
852 die öffentliche Hand zu planen und zeitgleich zu realisieren. Zusätzlich sind auch  
853 entsprechende Ruhezeiten wie Plätze oder Pocketparks vorzusehen. Die moderne Stadt ist  
854 ein Wechselspiel aus Urbanität und Ruhezeiten. Nur wer dies berücksichtigt, wird langfristig  
855 attraktive Stadtquartiere in Berlin haben.

856

857 **Mieterschutz**

858 Berlin ist eine wachsende Stadt. Folglich nehmen die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt  
859 und damit auch die Angst vor Verdrängung zu. Das wollen wir nicht, sondern treten für sozial  
860 gemischte Wohnquartiere ein. Sie sind die beste Grundlage zur Vermeidung sozialer  
861 Brennpunkte und zur Integration aller Bevölkerungsschichten. Deshalb hat die CDU im Bund  
862 und im Land Berlin in den letzten fünf Jahren ein vielfältiges Geflecht von  
863 Mieterschutzregelungen geschaffen. Dazu gehören:

864

865 • Der verlängerte Kündigungsschutz bei Umwandlung von Mietwohnungen in  
866 Eigentumswohnungen auf zehn Jahre.

867 • Die Reglementierung der Umnutzung von Miet- in Ferienwohnungen durch die  
868 Zweckentfremdungsverbotsverordnung.

869 • Die stärkere Begrenzung von Mieterhöhungen und Modernisierungumlagen bei  
870 Bestandsmietern durch den Bundesgesetzgeber mit Hilfe der  
871 Kappungsgrenzenverordnung.

872 • Die Einführung der Mietpreisbremse, wodurch die Mieten bei neuen Mietverträgen  
873 auf zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete begrenzt werden. Das wirkt  
874 insgesamt dämpfend auf die Mietenentwicklung.

875 • Der Schutz der Mieter vor Umwandlung in Eigentumswohnungen in sozialen  
876 Erhaltungssatzungsgebieten.

877 Der beste Mieterschutz ist und bleibt aber ein ausgeglichener Wohnungsmarkt. Deshalb  
878 müssen wir den Wohnungsneubau vorantreiben und auch den sozialen Wohnungsbau im  
879 Bezirk wiederbeleben.

880 Auf Bezirksebene soll die Möglichkeit des Erlasses sozialer  
881 Erhaltungssatzungsverordnungen dem Schutz von Mietern und der Verhinderung von  
882 Verdrängungseffekten dienen. Tempelhof-Schöneberg hat zurzeit im Ortsteil Schöneberg  
883 vier soziale Erhaltungssatzungsverordnungen festgesetzt. Bei weiteren Gebieten werden wir,  
884 wie in der Vergangenheit, für jeden Bereich individuell prüfen, ob mit Hilfe einer  
885 Erhaltungssatzung das Ziel eines gemischten Wohnquartiers erreicht werden kann.

886

### 887 **Parks – und Straßengrün**

888 Unsere Ansprüche an Wohnqualität haben sich verändert. Heute geht es nicht nur um eine  
889 schöne Wohnung, es geht auch um wohnungsnaher Grünanlagen und mehr Natur - auch in  
890 der Innenstadt. Wir haben im innerstädtischen Bereich mit dem Gleisdreieckpark und dem  
891 Tempelhofer Feld zwei große neue Stadtteilparks bekommen. Dies wird die Attraktivität der  
892 anliegenden Wohngebiete steigern. Der Schwerpunkt der nächsten Jahre muss deshalb auf  
893 Erhalt und Verbesserung der bestehenden Anlagen liegen.

894

895 Die CDU fordert daher:

896

897 • Der vorhandene Etat ist im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten aufzustocken und  
898 die zusätzlichen Mittel sind auf die Instandhaltung der besonders beliebten Park- und  
899 Grünanlagen zu konzentrieren.

900 • Die Anzahl der Bänke in den Grünanlagen sollen wieder erhöht werden. Für die  
901 Bänke können Spender und Sponsoren geworben werden, wie es in vielen  
902 deutschen Gemeinden üblich ist.

903 • Künftig ist die Förderung von privaten Patenschaften bei der Bepflanzung von  
904 Baumscheiben stärker zu unterstützen. Es ist zu prüfen, ob Bürger- oder  
905 Anwohnerinitiativen die Pflege kleinerer Grünanlagen im Auftrag des Bezirksamtes  
906 durchführen können.

907

908 • Die Anzahl der gefälltten Bäume wird in vollem Umfang wieder ersetzt. Wir knüpfen  
909 damit an die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre an, wo dies dem von der CDU-  
910 geführten Ressort weitgehend gelungen ist. Straßenbäume sind wichtig für das  
911 Stadtklima und das Wohlbefinden der Bewohner.

912 • Die Anzahl der Abfallbehälter in den Grünanlagen wird wieder erhöht. Wir wollen es  
913 den Bewohnern erleichtern, ihre Grünanlagen sauber zu halten.

914

## 915 **4. Sicherheit und Ordnung im Wohnumfeld verbessern**

916

917 Unser Bezirk wird seit Jahren teilweise als verwaorlost und verschmutzt wahrgenommen.  
918 Lebensqualität und subjektive Sicherheit werden aber auch durch das Erscheinungsbild  
919 unserer öffentlichen Anlagen geprägt. Die Sicherheit und Ordnung wird im Bezirk neben der  
920 Polizei hauptsächlich von den Mitarbeitern des Ordnungsamtes ("Kiezpolizei") gewährleistet.  
921 Leider ist die "Kiezpolizei" bei der Umsetzung der vielen verschiedenen Gesetze  
922 (Leinenzwang für Hunde, Hundekotbeseitigung, Graffitibekämpfung, illegale  
923 Ferienwohnungen identifizieren usw.) aufgrund der Personalsituation oft überfordert. Die  
924 Organisationsstruktur des Ordnungsamtes muss außerdem dringend verbessert werden – so  
925 kann es beispielsweise nicht sein, dass die Stelle des Ordnungsamtsleiters vom zuständigen  
926 SPD-Stadtrat seit Jahren nicht besetzt wird. Dazu kommt ein zunehmender Mangel an  
927 Respekt gegenüber Mitarbeitern von Polizei und Ordnungsamt. Sie sind Garanten für die  
928 öffentliche Sicherheit, die Ordnung und den Schutz der Grundrechte von Bürgerinnen und  
929 Bürgern im Bezirk. Beleidigungen oder Gewalt gegen Ordnungshüter sind deshalb nicht zu

930 akzeptieren, sie müssen entschieden verfolgt und geahndet werden. Wir brauchen eine  
931 Kultur der Solidarität, des Respekts und der Wertschätzung der Arbeit unserer  
932 Polizeibeamten und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes. Daher muss  
933 sowohl gesetzgeberisch als auch behördlich alles getan werden, um eine Verbesserung der  
934 jetzigen Situation zu erreichen.

935  
936 Die CDU fordert daher:

- 937
- 938 • Die Ordnungsämter erhalten endlich eine hinreichende Aufstockung des  
939 Außendienstpersonals um mehr Präsenz im „Kiez“ zeigen zu können. Weiterhin sind  
940 die rechtlichen Kompetenzen des Ordnungsamtes zu überprüfen und sinnvoll zu  
941 erweitern.
  - 942
  - 943 • Die Sicherheit im öffentlichen Straßenland wird erhöht. Dies kann unter anderem  
944 durch Präsenz von Sicherheitskräften in den Abendstunden und durch eine bessere  
945 Beleuchtung von nicht oder nur unzureichend beleuchteten Straßen, Plätzen und  
946 Parkanlagen erfolgen. Insbesondere Licht sorgt für mehr objektive und subjektive  
947 Sicherheit.
  - 948
  - 949 • Der Verwahrlosung des Bezirkes durch unerlaubte Abfallentsorgung, insbesondere in  
950 den Grünanlagen, ist energisch entgegenzutreten. Hierfür brauchen wir eine höhere  
951 Kontrolldichte und eine ausreichende Anzahl und Größe von Abfallbehältern. Die  
952 Unterstützung bei der Reinigung der Grünanlagen durch die Berliner Stadtreinigung  
953 begrüßen wir. Fahrradwracks und illegale Altkleidercontainer sind konsequent aus  
954 dem öffentlichen Straßenland zu entfernen.
  - 955
  - 956 • Der übermäßige oder störende Alkoholkonsum und der Drogenmissbrauch in der  
957 Öffentlichkeit muss entschieden bekämpft werden.
  - 958
  - 959 • Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum müssen wieder ein Grundanliegen im  
960 Bezirk werden. Die Attraktivität, subjektive Sicherheit und Aufenthaltsqualität hängen  
961 entscheidend von diesen Parametern ab. Deshalb muss das Bezirksamt befähigt  
962 werden, bei Graffitibeschädigungen, illegaler Müllentsorgung oder anderen  
963 Störungen der öffentlichen Ordnung möglichst innerhalb von 48 Stunden wieder den  
964 Ursprungszustand herzustellen.
  - 965
  - 966 • Der Gewalttätigkeit und Straffälligkeit von Kindern und Jugendlichen ist frühzeitig und  
967 wirksam entgegenzutreten. Bereits der Einstieg in eine „kriminelle Karriere“ muss  
968 schnell erkannt und verhindert werden. Wir setzen uns deshalb für eine enge  
969 Zusammenarbeit zwischen Justiz, Polizei und Jugendamt ein.
  - 970
  - 971 • Die Präsenz der Polizei zu präventiven Zwecken, insbesondere in den Nachtstunden,  
972 wird wieder erhöht, um auch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu steigern.  
973 Dabei ist speziellen Kriminalitätsphänomenen, die sich beispielsweise an der  
974 Landesgrenze zu Brandenburg ergeben (KFZ-Diebstahl, **Wohnungseinbrüche** etc.),  
975 besondere  
976 Beachtung zu schenken.
  - 977
  - 978 • Das steigende Phänomen des offenen Bettelns, insbesondere von und mit Kindern,  
979 wird mit Hilfe der Ordnungsbehörden unterbunden. Ein richtiger und konsequenter  
980 Schritt ist dabei die durch den Senat bereits verabschiedete Bettelverordnung des  
981 Landes Berlin. Damit diese Regelung auch Wirkung zeigt ist auch ein  
982 Zusammenwirken mit den Gewerbetreibenden erforderlich, deren Kunden durch die  
983 zunehmende Bettlerszene abgeschreckt werden.
  - 984

- 985 • Die Bekämpfung von Kriminalität soll auch mit Hilfe neuer technischer Entwicklungen  
986 erfolgen. So steht die CDU dafür ein, dass Kriminalitätsschwerpunkte und alle  
987 Bahnhöfe mit Kameras ausgestattet werden. Opferschutz geht vor Täterschutz!

## 5. Verkehr - wir suchen individuelle Lösungen –

990  
991 Ohne gut ausgebaute, für alle Verkehrsteilnehmer sichere und nutzbare Verkehrswege  
992 gehen wichtige Investitionen und Arbeitsplätze verloren. Insgesamt sind rund 60 Prozent des  
993 gesamten motorisierten Verkehrs in Berlin Wirtschaftsverkehr. Verkehr ist keine allein durch  
994 den Bezirk zu beeinflussende Größe, sondern ist von den Entscheidungen anderer Bezirke  
995 beziehungsweise des Landes Berlin abhängig. Weder Tempelhof-Schöneberg noch Berlin  
996 werden die Verkehrsprobleme der wachsenden Stadt durch Auto, Fahrrad, Carsharing oder  
997 öffentlichen Nahverkehr allein lösen können. Darum brauchen wir Ideen, die intelligente  
998 Verbundlösungen für die Verkehrsteilnehmer anbieten. Es ist wichtig, so viele Schnittstellen  
999 zwischen Individualverkehr und öffentlichem Nahverkehr (ÖPNV) wie möglich anzubieten,  
1000 denn nur mit dem ÖPNV können viele Menschen in relativ kurzer Zeit zu ihren Arbeitsplätzen  
1001 im Berliner Stadtzentrum gebracht werden. Die wachsende Stadt lässt ein „weiter so“ in der  
1002 Verkehrspolitik nicht mehr zu. Wir brauchen endlich ein mit dem Land Brandenburg  
1003 abgestimmtes Verkehrskonzept, das den fast 200.000 Pendlern täglich ein attraktives  
1004 Angebot macht, wie sie per S- oder Regionalbahn ihre Arbeitsplätze in Berlin erreichen  
1005 können. Verkehrspolitik braucht keine Weltanschauung, sondern praktikable Lösungen für  
1006 die Bedürfnisse der Bürger nach Mobilität. Dafür steht die CDU.

### 1007 Motorisierter Verkehr

1008 Die Verkehrsflächen insbesondere in der Innenstadt sind begrenzt und müssen  
1009 gleichermaßen allen Verkehrsteilnehmern eine sichere und akzeptable Transportmöglichkeit  
1010 bieten. Um eine Entlastung der Verkehrswege vom individuellen Verkehr zu erreichen muss  
1011 weiter für das Verständnis geworben werden, dass zum Beispiel die Mehrfachnutzung von  
1012 PKWs oder Fahrgemeinschaften vernünftig sind. Die CDU wirbt dafür, die Carsharing-  
1013 Angebote insbesondere in unserem Bezirk weiter auszubauen. Wir wenden uns aber auch  
1014 gegen die undifferenzierte und ideologische Verteufelung von motorisiertem  
1015 Individualverkehr.

1016 Die CDU fordert daher:

- 1017 • Der Verkehr auf den Hauptverkehrsstraßen muss flüssiger werden. Dies ist Ausdruck  
1018 umweltpolitischer Vernunft, um zum Beispiel Lärm-, Abgas- und  
1019 Feinstaubbelastungen (unter anderem verstärkt bei Brems- und  
1020 Beschleunigungsvorgängen) auf das erzielbare Minimum zu reduzieren. Deshalb sind  
1021 intelligente und optimierte Ampelschaltungen - unter Berücksichtigung der jeweils  
1022 vorgegebenen Geschwindigkeiten für unterschiedliche Tageszeiten - zu ermitteln und  
1023 zu programmieren.
- 1024 • Das illegale, aber in Berlin weitestgehend nicht geahndete „Parken in zweiter Spur“  
1025 durch PKWs und LKWs muss unterbunden werden, denn dadurch entsteht ein nicht  
1026 unwesentlicher Teil von Staus im Hauptstraßennetz. Hier bedarf es endlich einer  
1027 ausreichenden Kontrollichte auf den Straßen in unserem Bezirk.
- 1028 • Bei Wegfall von PKW-Stellplätzen im Bereich der Innenstadt soll in räumlicher Nähe  
1029 entsprechender Ersatz bereitgestellt werden. Die systematische Vernichtung von  
1030 Stellplätzen in der Innenstadt mit dem Ziel einer Fahrzeugreduzierung war weder in  
1031 Berlin, noch in anderen Metropolen erfolgreich. Beim Bau neuer Wohnungen muss  
1032 den Bauherren die Möglichkeit gegeben werden, PKW-Stellplätze in dem von ihnen  
1033 gewünschten Umfang bereitzustellen. Die bisher geübte Praxis der grünen Stadträtin  
1034 für Stadtentwicklung steht im direkten Gegensatz dazu.

- 1035 • Grundsätzlich ist ein Verkehrskonzept für die Bundesstraßen B 96 (Tempelhofer und  
1036 Lichtenrader Damm) und B 101 vom Senat abzufordern, mit dem insbesondere der  
1037 Schwerlastverkehr reduziert werden kann.  
1038
- 1039 • Bei jeder Erneuerung großflächiger Straßenbereiche sollen künftig lärmindernde  
1040 Fahrbahnbeläge verwendet werden. Zur Realisierung dieser Forderung sind  
1041 gegebenenfalls Umwelt-Sondermittel einzuwerben.
- 1042 • Elektrotank- oder Versorgungsstellen über Lichtmaste sollen ausgebaut werden.  
1043 Hierfür bieten sich insbesondere in den Abendstunden ungenutzte Parkplätze von  
1044 Baumärkten oder vergleichbaren Einzelhandelsbetrieben an. Sind entsprechende  
1045 Regelungen für die Eigentümer attraktiv, werden automatisch praktikable Lösungen  
1046 angeboten. Auf diesem Wege kann neben der Förderung zur E-Mobilität in Berlin  
1047 auch zur Schadstoffentlastung beigetragen werden.  
1048

### **Fußgänger – und Radverkehr**

1049 Verkehrspolitik muss die Belange der schwächsten Verkehrsteilnehmer, also der Fußgänger  
1050 -insbesondere Kinder, Senioren und mobilitätsbehinderte Personen - bei der Gestaltung der  
1051 öffentlichen Verkehrsräume berücksichtigen. Fahrradverkehr ist ökologisch sinnvoll und  
1052 bietet eine schnelle und kostengünstige Alternative zum motorisierten Verkehr. Er muss  
1053 seinen eigenen festen Platz in einem Berliner Verkehrskonzept haben.  
1054

1055 Die CDU fordert daher:

- 1056 • Auf stärker befahrenen Straßen müssen sichere Übergänge für Fußgänger,  
1057 gegebenenfalls durch mehr Ampelanlagen, geschaffen werden. Dies soll  
1058 insbesondere älteren Menschen und Kindern die notwendige, auch gefühlte  
1059 Sicherheit vermitteln.  
1060
- 1061 • Bei jeder Baumaßnahme, auch im Bereich der Nebenstraßen, ist verstärkt ein  
1062 behindertengerechter Umbau durch Absenken der Bordsteine vorzunehmen sowie  
1063 der forcierte Ausbau von Blindenampeln und Blindenleitstreifen zu gewährleisten.  
1064 Hier konnte zwar in den letzten Jahren durch das von der CDU geführte Bauressort  
1065 einiges erreicht werden, aber es liegt noch ein langer Weg bis zu einer  
1066 befriedigenden Situation vor uns.  
1067
- 1068 • Das Fahrradnebenroutenkonzept im Bezirk wurde auch auf Initiative der CDU  
1069 entwickelt. Nun gilt es, dies auch konsequent mit zusätzlichem Personal und Geld zu  
1070 realisieren, um die Attraktivität und insbesondere die Sicherheit des Fahrradverkehrs  
1071 zu verbessern.  
1072
- 1073 • Für Pendler müssen Möglichkeiten geschaffen werden, im öffentlichen Nahverkehr  
1074 das Fahrrad besser transportieren zu können. Hierfür brauchen sie sowohl in der U-  
1075 Bahn aber insbesondere bei der S- Bahn mehr spezielle Wagen, in denen die  
1076 Fahrräder mitgenommen werden können.  
1077
- 1078 • Die Anbindung an das Schnellbahnnetz von U- und S-Bahn ist in unserem Bezirk gut.  
1079 Zur besseren Vernetzung auch mit anderen Verkehrsträgern ist ein Schwerpunkt auf  
1080 die Schaffung von Fahrradabstellmöglichkeiten, gegebenenfalls überdacht und  
1081 platzsparend, an allen wichtigen Bahnstationen im Bezirk zu legen.  
1082
- 1083 • Die Beachtung, Akzeptanz und Einhaltung von Verkehrsregeln ist zur Sicherheit aller  
1084 Verkehrsteilnehmer auch von Radfahrern einzufordern und umfassender zu  
1085 überwachen. Die daraus entstehenden zusätzlichen Einnahmen könnten den  
1086

1087            Bezirken gezielt zum Ausbau der Infrastruktur für den Radverkehr zur Verfügung  
1088            gestellt werden.

1089

1090            **Öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV)**

1091            Der öffentliche Nahverkehr in Berlin stellt einen wichtigen Faktor zur Lebensfähigkeit unserer  
1092            Stadt dar. Das Angebot wurde in der Phase der schrumpfenden Stadt systematisch  
1093            reduziert, in den letzten Jahren trotz eines Bevölkerungszuwachses von mehr als 200.000  
1094            Menschen jedoch nicht nennenswert ausgebaut. Wir brauchen deshalb endlich ein  
1095            gemeinsames Verkehrskonzept für den ÖPNV in Berlin und den Umlandgemeinden, das der  
1096            stetig wachsenden Pendlerzahl und dem wirtschaftlichen Wiedererstarken Berlins entspricht.  
1097            Dazu gehört ein deutlich erhöhtes Investitionsprogramm für zusätzliche Schienen- und  
1098            Busfahrzeuge sowie für Großgaragen mit mehreren tausend Fahrzeugen an den  
1099            Endpunkten der Regionalbahn beziehungsweise S-Bahn und attraktive Kombitickets für  
1100            Pendler. Der ÖPNV soll das Rückgrat der Berliner Verkehrsinfrastruktur werden, dazu muss  
1101            er aber auch von der Kapazität her in die Lage versetzt werden.

1102

1103            Die CDU fordert daher:

1104

1105            • Die Taktzeiten auf den U- und S-Bahnlinien während der Hauptverkehrszeiten sollen  
1106            deutlich verbessert werden.

1107

1108            • Das Busnetz in Tempelhof-Schöneberg muss im Hinblick auf die wachsende Stadt  
1109            überarbeitet und verbessert werden.

1110

1111            • Park&Ride-Plätze an Verkehrsknotenpunkten des Nahverkehrs im Süden des  
1112            Bezirks, zum Beispiel am U-Bahnhof Alt-Mariendorf oder S-Bahnhof Buckower  
1113            Chaussee sind nicht weiter zu reduzieren, sondern auszuweiten. Auch hier ist über  
1114            intelligente und gebietsverträgliche Parkhauslösungen und Kombitickets  
1115            nachzudenken, um insbesondere den Pendlerverkehr in die Innenstadt zu  
1116            minimieren. Solche Lösungen werden für den Autofahrer nicht kostenlos angeboten  
1117            werden können.

1118

1119            • Die Schaffung von bedarfsgerechten Großgaragen im Umfeld der S-Bahnhöfe  
1120            Mahlow und Blankenfelde sind ein sinnvolles und verkehrsentlastendes Angebot für  
1121            Pendler aus dem Umland. Damit sind attraktive Kombitickets zu verbinden.

1122

1123            • Mittelfristig werden zwei neue S- Bahnhöfe im Bezirk benötigt:

1124                    1. An der S2 zwischen den Bahnhöfen AttilasträÙe und Marienfelde in Höhe  
1125                    Kamenzer Damm.

1126                    2. An der Ringbahn zwischen den S-Bahnhöfen Tempelhof und Hermannstraße  
1127                    an der Oberlandstr.

1128

1129            • Der Ausbau des Umsteigeknotens an der Yorckstraße hat oberste Priorität und muss  
1130            nun endlich erfolgen. Die jetzige Situation ist eine Notlösung der Nachkriegszeit.

1131

1132            • Die Elektrobushlinie 204, Südkreuz – Bahnhof Zoo, ist auf Initiative der CDU  
1133            Tempelhof-Schöneberg als Pilotprojekt ausgewählt worden. Hier sind die  
1134            Erfahrungen kontinuierlich auszuwerten und gegebenenfalls weitere Linien auf  
1135            Elektrobetrieb umzustellen.

1136

1137

1138

1139

1140



### III. Mit Leidenschaft für Bildung für Erziehung

1141  
1142  
1143  
1144  
1145  
1146  
1147  
1148  
1149  
1150  
1151  
1152  
1153  
1154  
1155  
1156  
1157  
1158  
1159  
1160  
1161  
1162  
1163

Nach einer Unmenge von Reformen zwischen 2001 und 2011, konnte mit der CDU in der Regierungsverantwortung endlich Ruhe in die Schullandschaft einkehren. Die Schulen können sich auf ihre eigentliche Tätigkeit konzentrieren und müssen ihre Kräfte nicht ständig für Umorganisationen aufgrund neuer Reformvorhaben aufwenden. Die CDU hat es außerdem geschafft, einige Fehlentscheidungen der Bildungspolitik von SPD und DIE LINKE zu korrigieren:

- Die Grundschulen können nunmehr selbst entscheiden, ob sie jahrgangsübergreifendes Lernen (JüL) oder Unterricht im Klassenverband anbieten wollen. Nachdem der Zwang zum JüL abgeschafft worden ist, hat sich die Mehrzahl der Berliner Grundschulen entschieden, im Klassenverband zu unterrichten.
- Die Verpflichtung zur Früheinschulung von fünfjährigen Kindern wird 2016 abgeschafft.
- Das Verfahren der „Schülerlotterie“ bei der Aufnahme an die Oberschulen konnte verbessert werden. Künftig gilt, wenn ein Kind der Familie die gewünschte Schule bereits besucht, werden die übrigen Kinder bei gleichem Schulwunsch bei der Platzvergabe vorrangig berücksichtigt. Zusätzlich haben und Bezirk wohnende Kinder beim Zweitwunsch Vorrang vor Kindern aus anderen Bezirken.

#### 1. Wir brauchen ein leistungsfähiges Schulsystem

1164  
1165  
1166  
1167  
1168  
1169  
1170  
1171  
1172  
1173  
1174  
1175  
1176  
1177  
1178  
1179  
1180  
1181  
1182  
1183  
1184  
1185  
1186  
1187  
1188  
1189  
1190

Die Zuständigkeiten des Bezirks im Schulbereich erstrecken sich auf die „äußeren Schulangelegenheiten“, das heißt auf die Schulentwicklungsplanung, die Einrichtung und den Erhalt von Schulgebäuden und das bedarfsgerechte Angebot von Schulplätzen. Damit untrennbar verbunden bleiben jedoch pädagogische und organisatorische Fragestellungen, die im Wechselspiel zwischen dem Land Berlin und dem Bezirk gelöst werden müssen. Auch können von den Bezirken Initiativen ausgehen, die Einfluss auf die Landespolitik nehmen. Dies hat die CDU in Tempelhof-Schöneberg mit Erfolg betrieben.

- Auf Initiative des von der CDU geführten Bildungsressorts werden gemeinsam mit den Ressorts Jugend und Stadtplanung passgenaue Bildungsangebote des lebenslangen Lernens für die Region Lichtenrade entwickelt. Der Auftrag von Schulen und Lehrkräften geht über die Vermittlung von Wissen weit hinaus. Junge Menschen brauchen Werte und soziale Kompetenzen, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Durch eine stärkere Identifikation mit der eigenen Schule wird eine höhere Bereitschaft erreicht, sich für die Schulgemeinschaft einzusetzen und das Lernklima zu verbessern. Deshalb unterstützen wir unsere Schulen zum Beispiel bei der Profilbildung und begleiten eigenverantwortlich initiierte Vorhaben aktiv in den Gremien des Bezirks.
- Wir haben erfolgreich seit Jahren die Veröffentlichung der Schulergebnisse bei Vergleichsarbeiten, zum Beispiel beim mittleren Schulabschluss, im Internet gefordert. Transparenz hilft Eltern sowie Schülerinnen und Schülern bei der Schulwahl. Nur im erfolgreichen Zusammenwirken aller Beteiligten kann ein leistungsfähiges Schulsystem entstehen.



- 1191 • Die Schule soll junge Menschen auf das spätere Berufsleben vorbereiten. Wir  
1192 begrüßen die Schaffung der Jugendberufsagentur, die zum Ziel hat, alle  
1193 Schülerinnen und Schüler dahingehend zu begleiten, dass sie nach der Schule eine  
1194 Ausbildung beginnen oder ein Studium aufnehmen. Wichtig ist, dass es bereits  
1195 während der Schulzeit regelmäßig, über das Schulpraktikum hinaus, die Möglichkeit  
1196 gibt, stärker mit Handwerk, Handel und Industrie in Kontakt zu kommen.  
1197
- 1198 • Wir haben dafür gesorgt, dass die Schulen aufmerksamer werden und Fehlzeiten von  
1199 Schülern konsequent nachgehen. Zum einen muss die Schulpflicht konsequent  
1200 umgesetzt werden, zum anderen können häufige Fehlzeiten Zeichen familiärer  
1201 Probleme sein, wo gegebenenfalls im Sinne des Kindeswohls interveniert werden  
1202 muss.  
1203

## 2. Den baulichen Zustand der Schulen verbessern

1204  
1205  
1206 Der bauliche Zustand vieler Schulen und Schulsportanlagen ist schlecht, da ab Mitte der 90er  
1207 Jahre zu wenig Geld für Renovierungen und Sanierungen zur Verfügung stand. Dadurch ist  
1208 ein Instandhaltungsrückstau von etwa 200 Millionen Euro allein in unserem Bezirk  
1209 entstanden. Auf Initiative der CDU hat das Land Berlin das Geld für die Bezirke zur  
1210 Sanierung von Schul- und Sportanlagen mehr als verdoppelt. Im Bezirk hat die CDU mit ihrer  
1211 Ressortverantwortung für die Bereiche Bauen und Schule ihren Schwerpunkt in die Bereiche  
1212 Toiletten- und Gebäudesanierung mit Hilfe von Sonderprogrammen gelegt. So wird in Kürze  
1213 die Carl-Sonnenschein-Grundschule in Mariendorf mit Hilfe zusätzlich gewonnener  
1214 Fördermittel in Millionenhöhe barrierefrei und energieeffizient grundsaniert sein.  
1215

1216 Aus den Haushaltsüberschüssen des Landes Berlin in 2015 wurden für unseren Bezirk  
1217 zusätzliche 5,9 Millionen Euro für Baumaßnahmen an der Johanna-Eck-Schule und die  
1218 Sanierung der Sporthalle in der Schwalbacher Straße zur Verfügung gestellt. Zusätzlich  
1219 konnten aus überbezirklichen Investitionsgeldern des Landes Berlin insgesamt ca. 70  
1220 Millionen Euro für den Neubau der Gustav-Heinemann-Schule in Marienfelde, die  
1221 Grundsanierung inklusive Umbau der Friedenauer Gemeinschaftsschule und die  
1222 Schwammsanierung des Luise-Henriette-Gymnasiums für den Bezirk gesichert werden.  
1223

1224 Dem gegenüber steht eine rot-grüne Politik in unserem Bezirk, die seit 2011 fast keine  
1225 eigenen Investitionsmitteln mehr für die Schulen bereitgestellt hat. Stattdessen wurden 13  
1226 Millionen Euro zum Stopfen von Haushaltslöchern und weitere rund 20 Millionen Euro an  
1227 Investitionsmitteln im Wesentlichen für die Sanierung der Rathäuser und Bürodienstgebäude  
1228 verwendet. Das haben wir als CDU immer kritisiert und wollen es in der nächsten  
1229 Wahlperiode endlich ändern!  
1230

1231 Wenn sich Schulen ein eigenes Profil geben, muss dabei zugleich mitbedacht werden, dass  
1232 die räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Hierfür benötigen wir finanzielle  
1233 Ressourcen für eine schnelle Umsetzung. Aufgrund steigender Schülerzahlen müssen wir  
1234 vorhandene Standorte rechtzeitig ertüchtigen und erweitern. Rot-Grün im Bezirk droht diese  
1235 Entwicklung aufgrund ihrer falschen Prioritätensetzung zu verschlafen.  
1236

## 3. Für eine vielfältige Bildungslandschaft eintreten

1237  
1238  
1239 Die Qualität zahlreicher Schulen in unserem Bezirk ist hervorragend. Dies belegen  
1240 eindrucksvoll die Anmeldezahlen insbesondere an vielen Oberschulen, die zu den  
1241 nachgefragtesten in Berlin gehören. Die CDU betreibt pragmatische Schulpolitik statt auf  
1242 Ideologie zu setzen. Für uns ist es wichtig, ein vielseitiges Angebot für unterschiedliche  
1243 Schülergruppen bereitzuhalten. Deshalb sind wir gegen die flächendeckende Einführung von  
1244 Gemeinschaftsschulen, unterstützen jedoch nach Kräften die Entwicklung der Friedenauer

1245 Gemeinschaftsschule, da sie in unseren Augen einen wichtigen Beitrag für die Vielfalt in der  
1246 Schullandschaft leistet. Auf der anderen Seite gibt es leistungsstarke Kinder, für deren  
1247 weiteren Bildungsweg der Wechsel von der Grundschule auf ein Gymnasium nach der 4.  
1248 Klasse förderlich ist. Erfreulich ist es daher, dass vor wenigen Jahren am Eckener-  
1249 Gymnasium ein zweiter grundständiger Zug mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt  
1250 (MINT) ab Klasse 5 eingerichtet werden konnte.

1251  
1252 Integration und Inklusion von Kindern mit Förderbedarf oder Behinderungen ist wichtig.  
1253 Gleichzeitig anerkennen wir jedoch den Wunsch der Eltern und die Realität, dass für nicht  
1254 wenige dieser Kinder mit starken Einschränkungen, der Besuch eines Förderzentrums  
1255 (ehemals Sonderschulen) der bessere Weg für ihre Entwicklung ist. Inklusion kann nur mit  
1256 entsprechender pädagogischer Ausbildung der Lehrer und ausreichender Personal- und  
1257 Materialausstattung gelingen. Insofern ist unser Ziel nicht die Abschaffung dieses speziellen  
1258 Schultypus, vielmehr haben wir die Marienfelder Steinwaldschule in ein modernes  
1259 Förderzentrum umgebaut, um die bestmöglichen Voraussetzungen für eine gelungene  
1260 Förderung der Kinder zu schaffen. Wer sein Kind auf ein Förderzentrum schicken möchte,  
1261 soll nicht gezwungen werden, es auf eine Regelschule zu schicken.

1262  
1263 Für die Betroffenen ist eine gute Beratung unabdingbar und zwar auch, um mögliche spätere  
1264 Wechsel in die Regelschule zu unterstützen und zu begleiten. Aus diesem Grunde war es  
1265 der CDU wichtig, dass in Tempelhof-Schöneberg ein SiBUZ (Schulpsychologisches und  
1266 inklusionspädagogisches Beratungs- und Unterstützungszentrum) eingerichtet wird. Dieses  
1267 ist ein wertvoller Dienstleister und Impulsgeber für die gesamte Schullandschaft. Wir werden  
1268 uns dafür einsetzen, dass kurz- bis mittelfristig zusätzlich Räume für das SiBUZ angemietet  
1269 werden, anstatt wertvolle, dringend benötigte Schulräume teuer zu Büroräumen für diese  
1270 Einrichtung umzubauen. Eine Anmietung bedarf immer der Zustimmung des Landes Berlin.

1271  
1272 Zur Vielfalt in der Bildungslandschaft gehören auch die Privatschulen. Diese benötigen faire  
1273 Rahmenbedingungen einerseits, andererseits müssen sie sich auch dem System der  
1274 Vergleichsarbeiten stellen, um Transparenz zu schaffen. Wir werden uns auch weiterhin  
1275 gegen jeden Versuch der SPD wehren, die Privatschulen unattraktiv zu machen.

#### 1276 1277 **4. Einen erfolgreichen Start in der Schule sichern**

1278  
1279 Kinder kommen heute mit äußerst unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen in die erste  
1280 Klasse. Nachdem SPD und Linkspartei 2004 die Vorschule und damit eine zielgerichtete  
1281 Vorbereitung auf die Schule abgeschafft haben, muss nun auf anderen Wegen der Übergang  
1282 von der Kita in die Schule gemeistert werden. Wir fordern deshalb, dass für die Kitas  
1283 verbindliche Lernziele aufgestellt werden, um nicht zu große Unterschiede im  
1284 Leistungsniveau einer Schulklasse zu haben.

1285  
1286 Nicht alle Kinder besuchen jedoch eine Kita. Das Sprachvermögen stellt für einen  
1287 erfolgreichen Schulstart eine der wichtigsten Voraussetzungen dar. Wird festgestellt, dass  
1288 das Sprachvermögen nicht ausreichend ist, organisiert das Schulamt für diese Kinder eine  
1289 Fördermaßnahme vor Schuleintritt. Auf Initiative der CDU wurde die Förderung auf 18  
1290 Monate verlängert und zeitlich erheblich intensiviert (von 15 Stunden auf 25 Stunden pro  
1291 Woche).

1292  
1293 Ein Problem ist aktuell die recht hohe Zahl von Kindern mit Sprachförderbedarf. Hier müssen  
1294 zukünftig an den Kitas ausreichend Plätze bereitgestellt werden, damit im Interesse der  
1295 Kinder die gesetzliche Verpflichtung auch erfüllt werden kann.

1296  
1297 Die Kinder, die aufgrund von Krieg und Verfolgung in Berlin als Flüchtlinge aufgenommen  
1298 worden sind, werden in Tempelhof-Schöneberg so schnell wie möglich in speziellen  
1299 Lerngruppen (Willkommensklassen) untergebracht, bis ihre Deutschkenntnisse ausreichend

1300 sind, um entsprechend ihrer Begabung in eine Regelklasse integriert zu werden. Hier haben  
1301 der Bezirk und insbesondere die Schulen, an denen Willkommensklassen eingerichtet  
1302 worden sind, seit 2011 eine enorme Leistung erbracht, denn die Zahl der Klassen wurde von  
1303 elf auf über 70 zum Ende des Jahres 2015 erhöht.  
1304

## 5. Grundschule

1306 Die CDU Tempelhof-Schöneberg hat maßgeblich daran mitgewirkt, dass das jahrgangsüber-  
1307 reife Lernen (JüL) nun nicht mehr verpflichtend, sondern freiwillig ist und es den Schulen  
1308 überlassen wird, ob sie den Unterricht im Klassenverband oder im JüL anbieten wollen.  
1309

1310 Die CDU will erreichen, dass die Grundschulen eigenverantwortlich entscheiden können, mit  
1311 welchem Träger – öffentlich oder privat – sie im Ganztagsbetrieb zusammenarbeiten und  
1312 wann sie den Träger wechseln wollen. Hier darf niemand, auch nicht die  
1313 Senatsbildungsverwaltung, in die Schule hineinregieren. Dies führt erfahrungsgemäß zu  
1314 erheblichen Störungen im Schulbetrieb. Nur wenn eine vertrauensvolle Zusammenarbeit  
1315 zwischen Schule und Hortbereich gewährleistet ist, kann Schule insgesamt eine erfolgreiche  
1316 Bildungsarbeit leisten.  
1317

1318 Inzwischen werden immer mehr Kinder für die Nachmittagsbetreuung im Hort angemeldet,  
1319 so dass die ursprünglich prognostizierte Teilnahmequote vielerorts schon übertroffen wird.  
1320 Dies hat zur Folge, dass mittelfristig mehr Platz für die Hortkinder angeboten werden muss,  
1321 der nur durch qualifizierte bauliche Erweiterungen geschaffen werden kann. Hier wollen wir  
1322 rechtzeitig reagieren und einen bedarfsgerechten Ausbau erreichen.  
1323

1324 Die Einwohneranzahl Tempelhof-Schönebergs wird in den nächsten Jahren wachsen.  
1325 Zunehmender Wohnungsbau mit mehreren hundert Wohneinheiten wird zur Folge haben,  
1326 dass sich die Schuleinzugsbereiche einzelner verändern werden. Bei der Neuordnung von  
1327 Schuleinzugsbereichen muss die Zugehörigkeit der Schule zu Wohnquartieren, sowie ein  
1328 möglichst kurzer und sicherer Schulweg der Kinder berücksichtigt werden.  
1329

1330 Unterricht durch fachfremde Lehrer ist eine Notlösung und sollte nicht zum Regelfall werden.  
1331 Studien haben gezeigt, dass insbesondere der Lernerfolg in Mathematik erheblich größer ist,  
1332 wenn eine in der Fachrichtung Mathematik ausgebildete Lehrkraft unterrichtet. Hier wird  
1333 bereits der Grundstock für Lernerfolg oder -misserfolg in der Oberschule gelegt. Daher wird  
1334 sich die CDU dafür einsetzen, dass die Quote fachfremden Unterrichts gesenkt wird.  
1335  
1336

## 6. Oberschulen

1337 Obwohl die Schulstrukturreform mit Abschaffung von Haupt- und Realschule zugunsten der  
1338 Integrierten Sekundarschule (ISS) zum Schuljahr 2010/11 begann, ist die Übergangsphase  
1339 noch immer nicht abgeschlossen. Insbesondere die Schaffung der baulichen  
1340 Voraussetzungen wie Mensen und Freizeiträume konnte an einigen Standorten noch immer  
1341 nicht erfolgen. Deshalb ist es besonders wichtig, dass die bezirklichen Investitionsmittel in  
1342 die Schulen des Bezirks investiert werden, um zum Beispiel die Schule am Berlinickeplatz  
1343 bedarfsgerecht zu sanieren und als 4-5-zügige ISS zu erweitern. Die Nachfrage nach  
1344 Schulplätzen an Integrierten Sekundarschulen wird in den nächsten Jahren steigen.  
1345  
1346  
1347

1348 Die Gymnasien in unserem Bezirk werden sehr gut von den Schülerinnen und Schülern  
1349 angenommen. Wir wollen in enger Abstimmung mit den Schulen und der Schulaufsicht das  
1350 überzeugende Angebot auf Dauer sichern.  
1351

1352 Wir wollen erreichen, dass die naturwissenschaftlichen Fächer und Mathematik stärker in  
1353 den Fokus rücken und sich hier mehr Schulen profilieren. Die Ergebnisse der Prüfungen für

1354 den mittleren Schulabschluss (MSA) zeigen, dass Berliner Schülerinnen und Schüler in  
1355 diesen Fächern schlecht abschneiden. Hier muss gegengesteuert werden, denn der Bedarf  
1356 der deutschen Wirtschaft an naturwissenschaftlich ausgebildeten Fachkräften steigt stetig!

1357  
1358 Bei der Abschaffung der Schülerlotterie hat die CDU zwar viel erreicht, wir wollen das  
1359 Losverfahren für die Oberschulen aber gänzlich abschaffen. Es darf nicht vom Losglück  
1360 abhängen, ob ein Kind seine Wunschschule besuchen kann, sondern von nachprüfbaren,  
1361 fachlichen Kriterien.  
1362

## 7. Kinderbetreuung im Bezirk verbessern

1363  
1364 Aus Sicht der CDU ist es falsch, den Besuch von Kindertagesstätten (Kita) für alle kostenlos  
1365 anzubieten. Der erhoffte Effekt, die Betreuungsquote durch Wegfall der Kitagebühren zu  
1366 erhöhen, hat sich zudem nicht eingestellt. Berlin verzichtet durch die vollständige  
1367 Gebührenfreiheit auf knapp 100 Millionen Euro pro Jahr und entzieht dem Kitabereich damit  
1368 enorme Mittel, die besser in die Steigerung der Qualität der Kindertagesbetreuung investiert  
1369 werden sollten. Die Qualität ließe sich insbesondere durch mehr Erzieherinnen und Erzieher  
1370 und die Senkung des Betreuungsschlüssels in den Kitas steigern.  
1371

1372 Die Kita ist eine Bildungseinrichtung, die das Kind prägt und neben der Familie für die  
1373 Entwicklung des Kindes wichtige Impulse gibt. Deshalb ist es uns wichtig, dass möglichst  
1374 viele Kinder eine Kita besuchen können und sie dort gut gefördert werden.  
1375

1376 Die CDU fordert daher:

1377  
1378  
1379 • Der Ausbau von Kitaplätzen ist weiter voranzutreiben, da durch den  
1380 Bevölkerungszuwachs mit einer höheren Nachfrage zu rechnen ist. Daneben hat es  
1381 sich in Tempelhof-Schöneberg bewährt, die Tagespflegestellen auszubauen.

1382 • Den Bedürfnissen der Eltern, die berufstätig sind beziehungsweise die wieder in den  
1383 Beruf einsteigen möchten, soll besser Rechnung getragen werden. Darum ist  
1384 Flexibilität bei den Öffnungszeiten der Kitas unverzichtbar. Kitas müssen auch  
1385 außerhalb der Kernzeiten bedarfsgerechte Angebote stellen. Hierzu gehören  
1386 „Schwerpunkt-Kitas“ mit Mehrschichtbetrieb und flexiblen Gruppen, gerade für  
1387 Alleinerziehende mit wechselnden Arbeitszeiten. Wir begrüßen deshalb  
1388 Modellprojekte zur flexiblen Kindertagesbetreuung.

1389 • Bei den Eltern von Flüchtlingskindern muss dafür geworben werden, dass ihre Kinder  
1390 eine Kita besuchen, denn dies fördert die Integration. Kinder lernen gemeinsam  
1391 schneller, der Besuch einer Kita verbessert die Startchancen in der Schule.  
1392

1393 • Träger von Kindertageseinrichtungen finden unter den bestehenden  
1394 Gehaltsbedingungen nur schwierig qualifiziertes Personal. Wir setzen uns deshalb  
1395 dafür ein, dass neue Kitas nur noch genehmigt werden, wenn das Personal  
1396 verbindlich nach dem Tarifvertrag des Landes Berlin bezahlt wird.  
1397

## 8. Verantwortung für Kinder und Jugendliche übernehmen

1398  
1399 Erziehung von Kindern bedeutet eine enorme Verantwortung für die Familie, der auch die  
1400 allermeisten Eltern gerecht werden. Gegenseitiger Respekt, Toleranz gegenüber  
1401 Andersdenkenden, die Fähigkeit, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, das  
1402

1403 Erkennen der eigenen Grenzen – dafür werden die Grundlagen während der Kindheit und  
1404 Jugend gelegt. Doch es gibt auch Familien, die aus den verschiedensten Gründen  
1405 Unterstützung benötigen. Hier muss das Jugendamt über Beratungsangebote, Jugendarbeit  
1406 und Inobhutnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls Verantwortung übernehmen.

1407  
1408 Die Jugendarbeit hängt auch in hohem Maße vom Geld ab. Seit Jahren gibt der Bezirk  
1409 weitaus mehr für Hilfen zur Erziehung aus, als er dafür vom Senat an Geld zugewiesen  
1410 bekommt, so dass dadurch das gesamte Jugendressort unter finanziellem Druck steht.

1411 Die CDU fordert daher:

1412 • Die Kostensenkung durch gezielte Steuerung und passgenauere Hilfen. Gleichzeitig  
1413 soll damit auch die Qualität erhöht werden.

1414 • Alle Jugendfreizeiteinrichtungen sollen ein attraktives und zuverlässiges Angebot  
1415 haben. Hier ist für uns nicht entscheidend, ob der Bezirk oder ein freier Träger diese  
1416 Einrichtung betreibt, sondern allein die Qualität des Angebots und großzügige  
1417 Öffnungszeiten.

1418 • Die Jugendsozialarbeit an Schulen muss für eine effektivere Arbeit finanziell  
1419 vereinheitlicht werden. Jugendsozialarbeit soll in Gymnasien angeboten werden.

1420 • Unabhängig von der Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter muss der  
1421 unterschiedlichen Entwicklung und der unterschiedlichen Reifung der Persönlichkeit  
1422 von Jungen und Mädchen Rechnung getragen werden. Dies muss stärker durch  
1423 speziell auf Jungen und Mädchen ausgerichtete Angebote der Jugendarbeit erfolgen.

1424

1425

## 9. Sport führt zusammen

1426

1427 Sportvereine bieten eine große Bandbreite von Sportarten im Breiten- und Leistungssport an.  
1428 Sie erfüllen eine wichtige gesellschaftliche Funktion, indem soziale Kontakte gefördert,  
1429 Gesundheitsvorsorge betrieben und ehrenamtliche Arbeit vorgelebt wird. Auch Menschen,  
1430 die von ihrer körperlichen Verfassung her Schwierigkeiten beim Sporttreiben haben, können  
1431 in Sportvereinen Möglichkeiten finden, sich zwanglos und mit Freude an der Bewegung  
1432 sportlich zu betätigen.

1433

1434 Zu Beginn der ablaufenden Wahlperiode konnten zwei neue Sportanlagen in Betrieb  
1435 genommen werden: eine wettkampfgerechte Sporthalle in Marienfelde und ein Sportplatz am  
1436 Südkreuz. Dennoch ist unser Bezirk nach wie vor mit Sportanlagen deutlich unterversorgt.

1437

1438 Die CDU fordert daher:

1439

1440 • Für Sportanlagen vorgesehene Grundstücke sind für den Sport zu sichern. Wir wollen  
1441 auch weiterhin den Neubau und die Modernisierung von Sportanlagen fördern, denn  
1442 die Sportvereine verzeichnen im Bezirk steigende Mitgliederzahlen.

1443

1444 • Um den steigenden Finanzbedarf für Sportanlagen zu decken, muss es den  
1445 Sportvereinen erleichtert werden, selbst Investitionen in von ihnen genutzten  
1446 Sportanlagen zu tätigen oder in Kooperation mit dem Bezirk oder anderen Vereinen  
1447 gemeinschaftlich neue Sportanlagen auf öffentlichen Grundstücken zu errichten.

1448



- 1449
- 1450
- 1451
- 1452
- 1453
- 1454
- 1455
- 1456
- 1457
- Für die Sportanlage Halker Zeile in Lichtenrade gilt es, eine nachhaltige Lösung für einen neuen, standardgemäßen Kabinentrakt zu finden. Hierfür ist auch eine aktualisierte Planung der Schulgebäude auf dem Campus nötig.
  - Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen und Schulen weiter ausbauen. Durch den Ganztagsbetrieb verschiebt sich die Freizeit der Kinder in die Abendstunden und bietet weniger Raum für sportliche Aktivitäten. Andererseits bietet sich aber auch durch den Ganztagsbetrieb für Vereine die Chance, mit einem Angebot an sportlichen Aktivitäten für sich und den Vereinssport zu werben.

1458

1459

1460

1461

1462

1463

1464

1465

1466

1467

1468

1469

Erfolgreich konnte die CDU die von den Bäderbetrieben angedachte Schließung der Schwimmbäder an der Tempelhofer Götzstraße und am Mariendorfer Ankogelweg verhindern, die einem neuen Spaßbad an der Rixdorfer Straße zum Opfer fallen sollten. Eine Schließung der Bäder hätte allein wegen der deutlich weiteren Wege für das Schulschwimmen eine erhebliche Verschlechterung bedeutet. Stattdessen erhalten die Bäderbetriebe das nötige Geld für die Sanierung des Bades an der Götzstraße vom Senat. Zum anderen wird das dringend sanierungsbedürftige Kombibad am Ankogelweg durch ein ganzjährig geöffnetes neues Freizeitbad ersetzt, so dass unser Angebot an Schwimmflächen im Bezirk gegenüber der jetzigen Situation verbessert wird. Dies ist ein wichtiger Erfolg der CDU um die Lebensqualität in Tempelhof–Schöneberg zu steigern.

#### IV. Angebote für eine wachsende und älter werdende Gesellschaft

1470

1471

1472

1473

1474

1475

1476

1477

1478

Der Bedarf an medizinischen, pflegerischen und weiteren wichtigen sozialen Leistungen wird aufgrund des demographischen Wandels weiterhin stetig steigen. Zwar sind Forderungen nach einer straffen, effizienten Verwaltung berechtigt, allerdings gilt auch, dass einer höhere Zahl an Leistungsberechtigten umgekehrt auch ein Äquivalent an Verwaltungsmitarbeitern gegenüber stehen muss. Da, wo es Not tut, sind entsprechende Stellen und Anlaufpunkte zu schaffen.

##### 1. Gesundheitliche Versorgung ausbauen

1480

1481

1482

1483

1484

1485

Für die CDU Tempelhof-Schöneberg ist eine Gesundheitsversorgung im ambulanten und stationären Bereich, die die gesetzlichen Leistungen und Angebote **allen** Bürgern, Jung und Alt, Arm und Reich, gleichermaßen in der Nähe Ihrer Wohnung anbietet, von herausragender Bedeutung. Das gute Angebot im Bezirk ist aufrechtzuerhalten.

1486

Die CDU fordert daher:

- 1487
- 1488
- 1489
- 1490
- 1491
- 1492
- 1493
- 1494
- 1495
- 1496
- 1497
- 1498
- 1499
- Die drei großen Kliniken in unserem Bezirk (AVK, Wenckebachklinikum und St. Josef-Krankenhaus) sollen für die stationäre Versorgung unserer Bürger erhalten bleiben.
  - Die Notfallambulanzen müssen erhalten und gegebenenfalls ausgebaut werden. Wir wollen auch die teilweise unzumutbaren Wartezeiten reduzieren.
  - Eine wohnortnahe Versorgung mit Hausärzten „um die Ecke“ und die benötigten Fachärzte gemäß der Altersstruktur der Bevölkerung sind sicherzustellen.
  - Das von der CDU forcierte Versorgungsstrukturgesetz soll auf Bezirksebene umgesetzt werden.

- 1500 • Praxen und Kliniken sollen besser vernetzt werden, zum Beispiel im Bereich der  
1501 Onkologie (Nachsorge) sowie in der psychiatrischen Versorgung (ambulant vor  
1502 stationär!).  
1503
- 1504 • Die gesetzlich vorgeschriebenen Vorsorgeuntersuchungen für Kleinkinder halten wir  
1505 für eine gute Regelung. Für den Besuch von Kindergärten möchten wir das Vorliegen  
1506 aller nötigen Schutzimpfungen zu einer Pflicht machen.  
1507
- 1508 • Das Alkoholverbot auf Spiel- und Bolzplätzen ist auf besondere öffentliche Orte im  
1509 Bezirk auszuweiten: In Schulen und davor ist ein striktes Alkohol- und Rauchverbot  
1510 zu prüfen.  
1511
- 1512 • Wegen des Zusammenlebens vieler Menschen auf engstem Raum in den  
1513 Flüchtlingsunterkünften, halten wir die Durchführung von Grippe-Schutzimpfungen  
1514 bei Flüchtlingen für sinnvoll. Auf diesem Weg soll eine übermäßige Ausbreitung der  
1515 Grippe verhindert werden.  
1516
- 1517 • An allen Schulen im Bezirk sollen regelmäßig im Jahr Gesundheitstage zu  
1518 Zahnprophylaxe, gesunder Ernährung und Bewegung durchgeführt werden. Bei der  
1519 Planung und Durchführung sind auch die Eltern fest einzubinden.  
1520
- 1521 • Auf den Internetseiten des Gesundheitsamtes soll eine Übersicht erstellt werden, die  
1522 den Bürgerinnen und Bürgern eine Übersicht über alle laufenden  
1523 Präventionsangebote des Gesundheitsamtes bietet. Dadurch soll es einfacher  
1524 werden, das jeweils gewünschte Angebot zu finden. Darüber hinaus sind alle  
1525 Präventionsangebote regelmäßig zu evaluieren.  
1526

### **Ärgerliches Dauerproblem: lange Wartezeiten in Notfallaufnahmen**

1527 Die Wartezeiten in Notaufnahmen der Berliner Krankenhäuser, somit auch in Tempelhof-  
1528 Schöneberg, liegen in der Regel immer noch bei 4-6 Stunden. Insbesondere fällt auf, dass  
1529 die Anzahl der Notfallpatienten an Tagen wie Mittwoch und Freitag nach 12 Uhr sowie an  
1530 den Wochenenden steigt, da die niedergelassenen Ärzte nicht verfügbar sind.  
1531

1532 Einige Patienten gehen auch bewusst in die Notaufnahme der Krankenhäuser, da sie an  
1533 einem Standort die Diagnostik erfahren wollen. Als kranker Mensch fehlt die Kraft, mehrere  
1534 Standorte anzulaufen und x-Termine zu vereinbaren. Ein weiterer Anstieg der Notaufnahmen  
1535 erfolgt durch Flüchtlinge die aus den Flüchtlingseinrichtungen in die Notaufnahmen der  
1536 Krankenhäuser verwiesen werden. Um Wartezeiten messbar zu machen, nutzen Kliniken  
1537 bereits das Manchester-Triage-System (Abarbeitung der Patienten gemäß Erfassung  
1538 Schmerzskala). Für die Wichtigkeit der Messbarkeit der erlebten Wartezeit ist eine  
1539 einheitliche Berliner Regelung sinnvoll.  
1540

1541 Die CDU fordert daher:  
1542

- 1543
- 1544 • Die Einrichtung einer "Koordinationsstelle" zwischen Praxen und Kliniken zur  
1545 Steuerung des Ansturms in den Notfallaufnahmen soll geprüft werden.  
1546
- 1547 • Die ambulante ärztliche Versorgung durch niedergelassene Ärzte an den Mittwoch-  
1548 und Freitagnachmittagen sowie an den Wochenenden soll erweitert werden (spezielle  
1549 Praxen/MVZ). Die Geschäftsführer der Kliniken sollen ein einheitliches und  
1550 messbares Bewertungsinstrument einführen sowie die Ergebnisse transparent  
1551 kommunizieren.  
1552

- 1553 • Medizinische Versorgungszentren mit Notfallpraxen sollen erweitert werden, so dass  
1554 multiple Diagnostik unter einem Dach erfolgen kann.  
1555

### **Fachärztliche Versorgung im Bezirk**

1557 Die Versorgung mit Fachärzten schwankt von Bezirk zu Bezirk.  
1558

1559 Die CDU fordert daher:  
1560

- 1561 • Die Kassenärztliche Vereinigung Berlin (KV) sorgt auch in unserem Bezirk dafür,  
1562 dass eine ausreichende fachärztliche Versorgung mit niedergelassenen Ärzten in  
1563 stationären Pflegeheimen erfolgt.  
1564
- 1565 • Für eine bessere Transparenz benennt die KV über die KV-Plattform niedergelassene  
1566 Ärzte, die für die Versorgung von Heimbewohnern zur Verfügung stehen.  
1567

## **2. Verbraucherschutz ernst nehmen**

1569 Für die CDU ist Verbraucherschutz kein Selbstzweck! Grundsätzlich gilt: Jeder Gast, der  
1570 eine Kantine, ein Restaurant oder einen Imbiss besucht, bringt dem Gastwirt oder dem  
1571 Betreiber einen Vorschuss an Vertrauen entgegen, dass die Lebensmittel ordnungsgemäß  
1572 gelagert, verarbeitet beziehungsweise zubereitet worden sind. Der Kunde hat keine  
1573 Möglichkeit, die Einhaltung der einschlägigen Lebensmittelschutzvorschriften zu prüfen.  
1574 Deshalb gibt es auch umgekehrt kein schutzwürdiges Interesse (zum Beispiel Betriebs- oder  
1575 Datenschutz) von Betreibern und Wirten, wenn sie das Vertrauen ihrer Gäste missbraucht  
1576 haben. Gesetzestreue Gastwirte und andere Betreiber jedoch – und das sind rund 80  
1577 Prozent - sollten ausgezeichnet werden.  
1578

1579 Die CDU fordert daher:  
1580

- 1581 • Es soll ein Hygieneportal für Gaststätten eingerichtet werden, das entweder die  
1582 Missstände bei uneinsichtigen Betreibern offenlegt („Bewährungsliste“/„Ekelliste“) oder aber besonders gute, zuverlässige Gaststätten auszeichnet („Smiley System“).  
1583 Hier sind Bundes- und Landesgesetzgeber gefragt, denn es muss in Deutschland ein  
1584 einheitlicher Verbraucherschutz mit einheitlichen Informationen gelten.  
1585  
1586  
1587

## **3. Immer wichtiger: Pflegeangebote und Palliativversorgung**

1588  
1589 Politik für sozial Schwache setzt immer da an, wo die Menschen sich selbst nicht mehr  
1590 helfen können und andere Hilfesysteme ausgereizt sind (Subsidiarität). Ein wichtiger  
1591 Bereich, der mit großen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen verbunden ist,  
1592 ist das Thema Pflege. Nach einer Vorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird  
1593 die Zahl der Pflegebedürftigen von heute 2,75 Millionen auf 3,54 Millionen im Jahr 2020  
1594 ansteigen; dies entspricht einem Zuwachs von knapp 30 Prozent. Für 2030 wird sogar mit  
1595 einem Zuwachs von 80 Prozent gerechnet. Die Zahl der erwarteten Pflegebedürftigen für das  
1596 Jahr 2050 schwankt zwischen 3,2 und 5,9 Millionen (vgl. Enquete-Kommission  
1597 Demografischer Wandel). Auch Tempelhof-Schöneberg macht bei dieser Entwicklung keine  
1598 Ausnahme. Die Zahlen beweisen: Den Themen Pflege und Pflegebedürftigkeit muss größte  
1599 Aufmerksamkeit geschenkt werden!  
1600

1601 Hilfe zur Pflege ist ein wichtiger Bereich von Leistungen des Sozialamtes auf Bezirksebene.  
1602 Sie wird Menschen gewährt, bei denen die Leistungen der Pflegeversicherung nicht für den  
1603 gesamten Bedarf ausreichen und keine nahestehenden Personen in ausreichendem  
1604 Umfang helfen können. Menschen, die keine Leistungen der Pflegeversicherung erhalten  
1605 können, weil sie nicht Mitglied sind oder die Wartezeit noch nicht abgelaufen ist, erhalten



1606 Leistungen für den gesamten Bedarf. Auch Menschen ohne Pflegestufe erhalten Hilfe zur  
1607 Pflege, wenn die Voraussetzungen gegeben sind. Die Leistungen umfassen häusliche  
1608 Pflege, teilstationäre Pflege, Kurzzeitpflege, Hilfsmittel und stationäre Pflege.

1609  
1610 Die CDU fordert daher:

- 1611
- 1612 • Bürger, die im Bezirk Tempelhof-Schöneberg Leistungen gemäß SGB XII oder SGB  
1613 II erhalten, müssen kontinuierlich erfasst werden, um eine Kontrolle von erbrachten  
1614 Leistungen der Sozialstationen durch das Sozialamt zu ermöglichen.
- 1615
- 1616 • Das Controlling muss von Pflegefachkräften erfolgen, um die individuelle Versorgung  
1617 zu erfassen und unabhängig zu kontrollieren und zu dokumentieren.
- 1618
- 1619 • Alle Mitarbeiter des Sozialamtes, die im Bereich der Pflegezuwendungen tätig sind,  
1620 sind ab 2016 für das Pflegestärkungsgesetz II zu schulen. Alle Formulare der  
1621 Begutachtungsrichtlinien müssen entsprechend angepasst werden.
- 1622
- 1623 • Da der Bedarf an Betreuungsleistungen steigen wird, ist vom Sozialamt abzusichern,  
1624 welche Dienste für diese Betreuungsleistungen zu welchen Konditionen eingesetzt  
1625 werden. Auch für die Betreuungsleistungen hat ein entsprechendes Controlling zu  
1626 erfolgen.
- 1627

### 1628 **Defizite und Pflegebetrug**

1629 Es ist nicht zu leugnen, dass es bei der Pflege Missstände und zum Teil auch kriminelle  
1630 Machenschaften gibt. So werden nicht erbrachte Leistungen abgerechnet. Deshalb brauchen  
1631 wir ein System der Leistungskontrolle in der Pflege.

1632  
1633 Die CDU fordert deshalb:

- 1634
- 1635 • Sollten Pflegedefizite erkennbar sein, hat der Bezirk das Recht, der Sozialstation  
1636 umgehend zu kündigen und nur die erbrachten Leistungskomplexe zu erstatten  
1637 beziehungsweise Rückforderungen an die Sozialstation geltend zu machen.
- 1638
- 1639 • Um einem Missbrauch von Leistungen aus der Gesetzgebung vorzubeugen, sollten  
1640 Kontrollbesuche nicht angekündigt werden und auch zu unterschiedlichen  
1641 Tageszeiten stattfinden. Entsprechende Stellen sind hierfür im Bezirksamt zu  
1642 schaffen.
- 1643
- 1644 • Zur Bekämpfung des Missbrauchs von Pflegeleistungen werden Mitarbeiter des  
1645 Bezirksamtes ausschließlich für diese Aufgabe eingesetzt. Die Stichproben werden  
1646 nach einem Plan gezogen, der von Fachleuten erarbeitet wird.
- 1647
- 1648 • Die Ermittlung der Leistungen in der "Hilfe zur Pflege" erfolgt an erster Stelle auf  
1649 Basis der Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen. Das  
1650 vermeidet doppelte Begutachtungen bei den Menschen.
- 1651
- 1652 • Die Leistungen, die in der Hilfe zur Pflege gewährt wurden, können von den  
1653 Pflegekräften vor Ort flexibler erbracht und abgerechnet werden. Dieses System  
1654 findet dort seine Grenze, wo stetig "höherwertigere" Leistungen als vereinbart  
1655 erbracht werden.
- 1656
- 1657 • Bevor Rechtsstreitigkeiten um strittige Leistungskomplexe eingegangen werden, ist  
1658 durch das Bezirksamt eine Kosten-Nutzen-Abwägung vorzunehmen.
- 1659
- 1660

1661 **Nicht vergessen: Pflegeheime!**

1662 Für die CDU ist selbstverständlich, dass Pflegebedürftige so lange wie möglich zu Hause, in  
1663 der gewohnten Umgebung, versorgt werden (ambulant vor stationär). Gleichwohl kommt es  
1664 regelmäßig in der letzten Lebensphase zu einer stationären Unterbringung. Darauf muss der  
1665 Bezirk vorbereitet sein. Bei größeren Bauprojekten werden heute schon zu Recht hohe  
1666 Anforderungen an eine ausreichende Versorgung mit Kitas, Schulen und Parkplätzen gelegt.  
1667 Hier gilt es, dies auf den Bereich der Pflege zu erweitern.

1668  
1669 Die CDU fordert daher:

- 1670
- 1671 • Das Thema Pflege/Pflegebedürftigkeit ist in Form von würdevollen, stationären  
1672 Einrichtungen oder ambulanten Angeboten bei allen größeren Neubauprojekten  
1673 planerisch zu berücksichtigen. Die CDU Tempelhof-Schöneberg würde hier mehr  
1674 kirchliche Träger begrüßen.
  - 1675
  - 1676 • Für den südlichen Teil des Bezirks soll ein dritter Pflegestützpunkt eingerichtet  
1677 werden. Hier favorisieren wir einen Standort in Mariendorf oder Marienfelde. Eine  
1678 Zusammenarbeit - beispielsweise mit der Rheuma-Liga - ist zu prüfen.
  - 1679
  - 1680 • Bei weiteren Planungen ist die zunehmende Zahl von zu Pflegenden mit Migrations-  
1681 hintergrund zu berücksichtigen. Deshalb brauchen wir künftig mehr Pflegepersonal  
1682 mit Migrationshintergrund, das auf die speziellen Probleme dieses Personenkreises  
1683 eingehen kann.
- 1684

1685 **Palliativversorgung**

1686 Laut einer Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung haben im Jahr 2014 nur 30 Prozent der  
1687 Verstorbenen zuvor eine Palliativversorgung erhalten. Neben dem Mangel an Hospiz- und  
1688 Palliativangeboten vor Ort wird auch Unkenntnis über die Möglichkeiten einer palliativen  
1689 Versorgung als Grund dafür genannt. Wir wollen deshalb die Betroffenen über die  
1690 Möglichkeiten der Hospiz- und Palliativversorgung besser informieren.

1691  
1692 Die CDU fordert daher:

- 1693
- 1694 • Der Bezirk muss Kontakt mit den Krankenkassen aufnehmen und mit diesen im  
1695 Rahmen des neuen Beratungsangebots nach § 39b SGB V kooperieren.
  - 1696
  - 1697 • Der Bezirk soll, zum Beispiel durch die Einrichtung eines Runden Tisches,  
1698 Pflegeeinrichtungen, Pflegedienste, Pflegestützpunkte, SAPV-Teams, Hospize,  
1699 ambulante Hospizdienste etc. zusammenbringen und auf eine gegenseitige  
1700 Vernetzung hinwirken.
  - 1701
  - 1702 • Gemeinsam mit den Kranken- und Pflegekassen sowie dem Hospiz- und  
1703 Palliativverband Berlin e.V. soll der Bezirk Strategien entwickeln, die Patientinnen  
1704 und Patienten sowie Ärzte und Pflegekräfte über die Angebote und Möglichkeiten der  
1705 Hospiz- und Palliativversorgung zu informieren.
  - 1706
  - 1707 • Ehrenamtliche Initiativen zur Gründung von Hospizen sind organisatorisch und –  
1708 sofern möglich – auch finanziell bedarfsgerecht zu unterstützen.
- 1709

1710 **4. Wohnungs- und Obdachlosigkeit verhindern**

1711  
1712 Tempelhof-Schöneberg hat in den letzten Jahren mit zunehmender Obdachlosigkeit zu  
1713 kämpfen. Die Wohnungslosentagesstätte des Unionhilfswerks stößt mit monatlich 850-900  
1714 Besuchern an ihre Grenzen. Die Versorgung der Besucher mit Essen und Trinken ist aber

1715 dringend notwendig, deshalb müssen diese Hilfen und weitere Angebote unbedingt erhalten  
1716 bleiben.

1717  
1718 Die CDU fordert daher:

- 1719
- 1720 • Das Arztmobil zur schnellen ärztlichen Versorgung Obdachloser fährt auch in Zukunft  
1721 die verschiedenen Einrichtungen an.
- 1722
- 1723 • Die Vergabe einer speziellen Gesundheitskarte an Obdach- und Wohnungslose wird  
1724 zur unbürokratischen medizinischen Grundversorgung geprüft.
- 1725
- 1726 • Die Berliner Kältehilfe wird unbedingt fortgesetzt; ehrenamtliche Helfer sind öffentlich  
1727 zu würdigen!
- 1728
- 1729 • Mittel des Europäischen Sozialfonds sollen für die Beratung nicht deutscher  
1730 Obdachloser genutzt werden.
- 1731
- 1732 • Vattenfall als Grundversorger führt berlinweit einen günstigen Strom- und Gas-Tarif  
1733 für soziale und karitative Einrichtungen ein. Vor der Abschaltung des Stroms in einer  
1734 Einrichtung sollte eine bezirkliche Task-Force Auswege prüfen.
- 1735

## 5. Politik für Senioren richtig machen!

1736  
1737  
1738 Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg hat rund 340.000 Einwohner, davon sind 80 000 älter als  
1739 60 Jahre. Die Zahl der Älteren ist auf Grund des demographischen Wandels weiterhin  
1740 steigend. Die CDU Tempelhof-Schöneberg steht für ein respektvolles, selbstbestimmtes und  
1741 - soweit möglich - aktives Leben im Alter. Dafür soll die Politik die Basis schaffen.

1742  
1743 Die CDU fordert daher:

- 1744
- 1745 • Alle im Bezirk betriebenen Senioren-Freizeitstätten sollen erhalten bleiben.
- 1746
- 1747 • Ungenutzte Immobilien des Bezirksamtes werden für Projekte des  
1748 generationenübergreifenden Zusammenlebens und für Seniorenwohngemeinschaften  
1749 zur Verfügung gestellt.
- 1750
- 1751 • Eine wirksame und politisch gewichtige Ansprechstelle in Form eines/er  
1752 Seniorenbeauftragten wird im Bezirksamt eingerichtet.
- 1753
- 1754 • Ein Seniorenamt mit Mitarbeitern, die den älteren Bürgern bekannt sind und die ihnen  
1755 nur für ihre Belange zur Verfügung stehen, wird eingerichtet.
- 1756
- 1757 • Die Seniorenvertretungen werden durch einen gemeinsamen Wahltermin mit dem  
1758 Abgeordnetenhaus und der BVV gestärkt. Das jetzige Seniorenmitwirkungsgesetz  
1759 soll zu einem echten Seniorenmitbestimmungsgesetz weiterentwickelt werden.
- 1760
- 1761 • Wissen, Zeit und Verantwortung von älteren Menschen soll zum Beispiel in Form von  
1762 Tätigkeiten wie Kinderbeaufsichtigung, Vorlesen und Kursen für diverse  
1763 handwerkliche Arbeiten stärker aktiviert werden

1764

1765

1766

## 6. Belange von Menschen mit Behinderung ernst nehmen

1767  
1768  
1769  
1770  
1771  
1772  
1773  
1774  
1775  
1776  
1777  
1778  
1779  
1780  
1781  
1782  
1783  
1784  
1785  
1786  
1787  
1788  
1789  
1790  
1791  
1792  
1793  
1794  
1795  
1796  
1797  
1798  
1799  
1800  
1801  
1802  
1803  
1804  
1805  
1806  
1807  
1808  
1809  
1810  
1811  
1812  
1813  
1814  
1815  
1816  
1817  
1818  
1819  
1820

Zum Stichtag 31.12.2014 waren im Bezirk Tempelhof-Schöneberg 41.840 schwerbehinderte Personen, mit einem Grad der Behinderung zwischen 50 und 100 Prozent, registriert. Hinzu kommen weitere 19.758 Behinderte mit einem Grad der Behinderung von 20-40 Prozent. Damit ist Tempelhof-Schöneberg der Bezirk mit der höchsten Zahl von anerkannten Schwerbehinderten in Berlin.

Daher bleibt für die CDU die Politik für Menschen mit Behinderung ein wichtiger Bestandteil der Gesundheits- und Sozialpolitik.. Auch wenn wir schon einiges erreicht haben - vor allem bei der Herstellung von Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden - wollen wir neben einem weiteren Ausbau der Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden in den nächsten fünf Jahren folgende Aufgaben schwerpunktmäßig angehen:

### **Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung**

In 11 Berliner Bezirken gibt es eine Beratungsstelle für körperlich und sinnesbehinderte Menschen und für Menschen mit Krebs-, Aids- oder HIV-Erkrankungen (BfB). Diese sind im Gesundheitsamt angesiedelt und mit mehreren Sozialarbeitern, einer Verwaltungskraft und einem Amtsarzt/einer Amtsärztin ausgestattet. In unserem Bezirk gab es bislang eine „Soziale Beratungsstelle für Menschen mit Krebs-, Aids- oder HIV-Erkrankungen“, die Ende 2015 in „Beratungsstelle für behinderte und krebskranke Menschen und Aids“ umbenannt wurde. Offenbar gibt es dort keine ärztliche Leitung, auch fehlen ausreichend Sozialarbeiter. Für die Zielgruppe der Menschen mit körperlicher oder Sinnesbehinderung besteht daher kein qualifiziertes Beratungsangebot in Tempelhof-Schöneberg.

Die CDU fordert daher:

- Der gesetzliche Auftrag ist endlich zu erfüllen und eine komplett eingerichtete Behindertenberatungsstelle mit qualifiziertem Personal analog zu allen anderen Berliner Bezirken einzurichten.
- Im Geschäftsbereich der Bezirksbeauftragten für Menschen mit Behinderung ist zu überprüfen, ob der Stellenansatz ausreicht und ob die vorgesehenen Stellen auch besetzt sind. Falls nein ist hier dringend nachzusteuern.
- Seh- und hörbehinderte Menschen sind in den Gebäuden des Bezirks besser zu unterstützen (Durchsagen in Fahrstühlen, Braille-Schrift auf Schildern, induktive Höranlagen etc.).
- Die Internetseiten des Bezirks sollen auch Menschen mit Behinderungen voll zur Verfügung stehen, die Seiten sollen deshalb nach BITV 2.0 barrierefrei gestaltet werden.
- Es ist ein Verzeichnis aller Parkplätze im öffentlichen Straßenland für Menschen mit Behinderungen zu erstellen, denn Menschen mit Behinderungen haben es besonders schwer im Straßenverkehr passende Parkplätze zu finden.
- Begegnungszonen wie die in der Maaßenstraße stellen vor allem für blinde Menschen eine große Herausforderung dar. Wir wollen deshalb, dass bei der zu erfolgenden Evaluation der Begegnungszone in der Maaßenstraße auch die Auswirkungen für Menschen mit Behinderung einbezogen werden. Hierbei sollten auch externe Experten einbezogen werden.

1821  
1822  
1823  
1824  
1825  
1826  
1827  
1828

## V. Was uns verbindet

Kultur und ehrenamtliches Engagement führen Menschen zusammen und stiften Identität. Sie bilden somit einen unverzichtbaren gesellschaftlichen Anker, der uns Halt und Schutz gibt und gleichzeitig Regeln des gesellschaftlichen Miteinanders definiert. Daran wollen wir auch aus anderen Kulturkreisen stammende Menschen teilhaben lassen.

### 1. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement stärken

1829  
1830  
1831  
1832  
1833  
1834  
1835  
1836  
1837  
1838  
1839  
1840  
1841  
1842  
1843  
1844  
1845  
1846  
1847  
1848  
1849  
1850  
1851  
1852  
1853  
1854  
1855  
1856  
1857  
1858

Viele tausend Menschen sind in unterschiedlichsten Bereichen ehrenamtlich engagiert. Das Spektrum des Engagements reicht von Hilfsorganisationen, sozialen Einrichtungen und Sport- oder Kulturvereinen über politische Parteien, Tier- und Umweltschutzverbände, bis hin zu den Religionsgemeinschaften oder Gesundheitseinrichtungen. Häufig treffen sich Menschen auch, um sich gemeinsam zu bilden, die Erinnerung an historische Begebenheiten wach zu halten, ihre Heimat zu erkunden, Einfluss auf ihr Wohnumfeld zu nehmen oder sinnvoll ihre Freizeit zu gestalten. Ob nun in festen Strukturen oder lockeren Zusammenschlüssen, dieses Engagement wird von uns hoch geschätzt und wir werden daher ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger aus ganzer Kraft in ihrem Einsatz für unsere Gesellschaft fördern. Nicht zuletzt bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms wurde deutlich, welches Potenzial im bürgerschaftlichen Engagement steckt, welches nicht durch staatliche Strukturen ersetzt werden kann.

Wir fordern deshalb:

- Vorhandene Räumlichkeiten sollen im Bezirk engagierten Vereinen und Initiativen grundsätzlich kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus soll das Gemeinschaftshaus Lichtenrade als Veranstaltungsort erhalten und der BVV-Saal im Rathaus Tempelhof wieder nutzbar gemacht werden.
- Ehrenamtliches Engagement darf nicht durch Bürokratie behindert werden. Der Verwaltung muss auferlegt werden, in allen Bereichen das Ehrenamt nach Möglichkeit zu stärken. Dazu gehört auch die Unterstützung und Förderung von Patenschaften für einzelne Projekte, die für Bürger interessant sind und auch von ihnen durchgeführt werden können, zum Beispiel Grünpflegepatenschaften
- Das bezirkliche Ehrenamtsbüro muss personell und materiell so ausgestattet werden, dass es die an ehrenamtlichen Tätigkeiten Interessierten bestmöglich beraten und unterstützen kann.

### 2. Erfolgreiche Integration entscheidet über die Zukunft der Gesellschaft

1859  
1860  
1861  
1862  
1863  
1864  
1865  
1866  
1867  
1868  
1869  
1870  
1871  
1872

Integration lebt von Begegnung und wechselseitigem Austausch. Sie ist angewiesen auf die Offenheit der Einheimischen und die Bereitschaft derer, die zu uns kommen, unsere Art zu leben, Recht und Gesetz und nicht zuletzt unsere Kultur zu respektieren. Die deutsche Sprache zu lernen ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Wenn Integration gelingt, stellen die zugewanderten Menschen für die deutsche Gesellschaft eine Bereicherung dar, scheitert sie, entsteht langfristig eine schwerwiegende Belastung für uns alle. Integration besteht aus Fördern und Fordern. Sie ist ein Angebot, aber auch eine Verpflichtung zu eigener Anstrengung. Wir wollen bei der zu erwartenden großen Integrationsaufgabe Fehler der Vergangenheit vermeiden, das Entstehen von Parallelgesellschaften verhindern und bestehende Parallelstrukturen beseitigen.

1873 **Flüchtlinge**

1874 Als Folge globaler Entwicklungen und regionaler Krisen sehen wir uns der größten Zahl von  
1875 Flüchtlingen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gegenüber. Hierbei handelt es sich um  
1876 Kriegsflüchtlinge, Asylbewerber aber eben auch um Wirtschaftsmigranten. Das Ausmaß und  
1877 die Geschwindigkeit der Flüchtlings- und Migrationsbewegung stellen unser Land auf allen  
1878 Ebenen vor riesige Herausforderungen. Viele Flüchtlinge wollen so schnell wie möglich  
1879 wieder in ihre alte Heimat zurückkehren, sobald sich die Verhältnisse dort zum Besseren  
1880 gewendet haben, andere werden bleiben. Sie brauchen eine ausgestreckte Hand, aber auch  
1881 eine Hand, die ihnen den Weg weist, wie unser Zusammenleben funktioniert.

1882  
1883 Wohnraum, Bildung und Arbeit für die Zuwanderer sind die Grundvoraussetzungen für eine  
1884 erfolgreiche Integration in Tempelhof-Schöneberg. Insbesondere Wohnraum und  
1885 Schulkapazitäten sind kurzfristig nur begrenzt verfügbar und haben bei der Neuschaffung  
1886 von Gebäuden einen Vorlauf von mehreren Jahren. Dies gilt auch für alle anderen Bereiche  
1887 der öffentlichen Infrastruktur und zeigt, dass grenzenlose Zuwanderung und erfolgreiche  
1888 Integration ein Widerspruch sind.

1889

1890 **Massenunterkünfte bieten kaum Chancen zur Integration**

1891 Massenunterkünfte wie auf dem Tempelhofer Feld oder an anderen Stellen im Bezirk sind für  
1892 die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive grundsätzlich ungeeignet und allenfalls  
1893 als kurzfristige Übergangslösung zur Vermeidung von Obdachlosigkeit brauchbar.  
1894 Dauerhafte Unterbringungen in solchen Einrichtungen lehnt die CDU deshalb ab.

1895

1896 **Humanitäre Verantwortung**

1897 Als Christdemokraten, die der europäischen Werteordnung und dem christlichen  
1898 Menschenbild besonders verpflichtet sind, stehen wir zu unserer humanitären  
1899 Verantwortung. Deshalb helfen wir Menschen, die in großer Not zu uns kommen. Jeder  
1900 Mensch, ganz gleich ob sein Antrag auf Schutz anerkannt oder abgelehnt wird, hat ein Recht  
1901 darauf, dass er anständig behandelt wird und keine Furcht oder Angst haben muss. Hetze  
1902 und Gewalt, egal von wem sie ausgehen, sind nicht zu dulden und müssen strafrechtlich  
1903 verfolgt und politisch geächtet werden.

1904

1905 **Unsere Leitkultur**

1906 Zum Gelingen der Integration gehören, der Spracherwerb, das Bekenntnis zur Werteordnung  
1907 des Grundgesetzes und die Einhaltung der Gesetze. Unsere demokratische, und tolerante  
1908 Staats- und Gesellschaftsordnung, die den Menschen und seine soziale Verantwortung im  
1909 Mittelpunkt sieht, stellt unsere Leitkultur dar. Sie soll für diejenigen, die vor Unfreiheit und  
1910 existenzieller Not geflohen sind, eine nachhaltig prägende Wirkung entfalten.  
1911 Selbstverständlich sind nicht alle Menschen, die zu uns kommen, von sich aus mit den  
1912 Regeln unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens vertraut, insbesondere dann, wenn sie  
1913 aus Ländern oder Gegenden kommen, die keine Rechtsstaatlichkeit kennen. Die  
1914 Diskriminierung von Frauen, Homosexuellen oder Andersgläubigen kann nicht unter  
1915 Berufung auf religiöse Vorschriften gerechtfertigt werden. Die Scharia hat keine Geltung für  
1916 unsere staatliche Ordnung. Als wehrhafte Demokratie müssen wir darauf achten, dass  
1917 unsere Normen und Gesetze auch durchgesetzt werden.

1918

1919 **Gemeinsam in Tempelhof-Schöneberg**

1920 Viele Menschen mit ausländischen Wurzeln leisten als Ärzte, Polizisten, Handwerker,  
1921 Händler, Arbeitnehmer oder Selbstständige ihren Beitrag für das Gemeinwesen, sind in ihren  
1922 Kiezen verwurzelt und engagieren sich ehrenamtlich in Initiativen und Vereinen. Gleichzeitig  
1923 existiert eine große Zahl von Menschen nichtdeutscher Herkunft, welche die deutsche  
1924 Sprache nur unzureichend beherrschen, in der Folge schlechtere Schul- oder  
1925 Berufsausbildungen besitzen und dadurch von Armut bedroht oder auf Sozialleistungen  
1926 angewiesen sind. Wir halten das Erlernen der deutschen Sprache für einen wesentlichen  
1927 Eckpfeiler einer gelungenen Integration und erachten daher die Konzentration von Menschen

1928 mit ausländischen Wurzeln in einzelnen Kiezen als Integrationshemmnis. Ziel der  
1929 Stadtplanung sollte daher eine intensivere Durchmischung der Kieze sein, denn Integration  
1930 beginnt mit Begegnung.

1931

### **Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft**

1933 Am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses steht für uns der Erwerb der deutschen  
1934 Staatsbürgerschaft. Dieses Ereignis sollte im Rahmen einer Einbürgerungsfeier auch  
1935 besonders begangen werden. Diese Feiern müssen regelmäßig im Bezirk stattfinden und  
1936 dem besonderen Anlass entsprechend würdevoll ausgestaltet werden.

1937

### **Probleme vorbehaltlos benennen und konsequent handeln**

1939 Kriminalität und Aggressivität im Alltag bedrohen das friedliche und freie Leben von  
1940 Berlinerinnen und Berlinern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte gleichermaßen.  
1941 Rechtsfreie Räume und Parallelgesellschaften darf es nicht geben. Wo Kriminalität und  
1942 Integrationsprobleme zusammenfallen, müssen Polizei, Justiz, Schulen, Jugendämter,  
1943 Sozialarbeiter und Migrantenverbände eng zusammenarbeiten. Das trifft zum Beispiel bei  
1944 der Bekämpfung krimineller Strukturen wie Familien-Clans und dem Umgang mit  
1945 jugendlichen Intensivtätern zu. Wer Straftaten begeht verwirkt das Gastrecht in unserem  
1946 Land.

1947

### **Religiösem Extremismus entschieden entgegenzutreten**

1949 Unsere Gesellschaft muss sich dem Islamismus entschlossen entgegenstellen. Spätestens  
1950 seit den Durchsuchungen von Moscheen in Tempelhof und Mariendorf wissen wir leider:  
1951 Auch in unserem Bezirk ist die radikal-islamistische Szene aktiv. Wir müssen verhindern,  
1952 dass insbesondere junge Menschen unter den Einfluss sogenannter Hassprediger geraten  
1953 und radikalisiert werden. Daher wollen wir die Schaffung von Projekten gegen Salafismus  
1954 und Islamismus und die Vermittlung von Wissen über die Hintergründe und Gefahren von  
1955 religiösem Extremismus fördern. Hassprediger werden wir in unserer freien Gesellschaft  
1956 nicht akzeptieren.

1957

### **Integrationskraft gemeinsamer Freizeitgestaltung**

1959 Gesellschaftliches Miteinander vollzieht sich im Arbeitsumfeld, zu einem großen Teil aber  
1960 auch in der Freizeit. Sportvereine, politische Vereinigungen, Musik- und Kunstschulen,  
1961 Bibliotheken, Kinder- und Jugendfreizeitheime, die Volkshochschulen sowie Freizeitstätten  
1962 für Erwachsene leisten einen wertvollen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis von  
1963 Zuwanderern und Einheimischen. Deshalb müssen die im Bezirk bestehenden Einrichtungen  
1964 und Vereine, die sich im Rahmen der Integrationsarbeit bewährt haben, trotz aller  
1965 Sparzwänge, auch weiterhin in ihrer Arbeit gefördert und gesichert werden. Als Beispiel  
1966 stehen hierfür das Interkulturelle Haus in Schöneberg, der Verein Harmonie oder die  
1967 Seniorenfreizeitstätte Huzur in der Bülowstraße. Für den Ortsteil Tempelhof müssen  
1968 entsprechende Strukturen dringend aufgebaut werden.

1969

### **Bibliotheken**

1971 Öffentliche Bibliotheken sind seit jeher Orte der Wissensvermittlung, in zunehmendem Maße  
1972 aber auch Orte der Begegnung. Um sie für Menschen mit Migrationshintergrund und nicht  
1973 ausreichenden Deutschkenntnissen attraktiver zu machen, ist das fremdsprachige  
1974 Medienangebot auszuweiten. Das Beispiel der Gertrud-Kolmar-Bibliothek in der Pallasstraße  
1975 zeigt, wie mit einem geringfügig veränderten Angebot neue Nutzer gewonnen wurden.

1976

1977 Der Erhalt der Bibliothek im Rathaus Friedenau und deren Ausbau zu einem Ort der  
1978 Begegnung von Flüchtlingen und Einheimischen ist für uns wichtig. Hier hat Tempelhof-  
1979 Schöneberg in einem berlin- und deutschlandweit beachteten Modellprojekt die Möglichkeit,  
1980 zu zeigen, welchen Beitrag Bibliotheken in Verbindung mit einer offenen und engagierten  
1981 Zivilgesellschaft zur Integration leisten können.

1982



1983  
1984  
1985  
1986  
1987  
1988  
1989  
1990  
1991  
1992  
1993  
1994  
1995  
1996  
1997  
1998  
1999  
2000  
2001  
2002  
2003  
2004  
2005  
2006  
2007  
2008  
2009  
2010  
2011  
2012  
2013  
2014  
2015  
2016  
2017  
2018  
2019  
2020  
2021  
2022  
2023  
2024  
2025  
2026  
2027  
2028  
2029  
2030  
2031  
2032  
2033  
2034  
2035  
2036  
2037

### **Sportvereine**

Sportvereine haben eine äußerst wichtige Integrationsaufgabe. Gemeinsame sportliche Erfolge in einer Mannschaft können kulturelle und sprachliche Barrieren überwinden und das Gemeinschaftsgefühl stärken. Sportliche Erfolge stärken das Selbstwertgefühl junger Menschen und wirken deshalb auch positiv auf die Persönlichkeitsentwicklung. Deshalb halten wir es für wichtig, dass das Bezirksamt verstärkt bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund für die Mitgliedschaft in Sportvereinen wirbt. Hierfür brauchen wir eine gemeinsame Anstrengung von Sportamt, dem Bezirkssportbund, den Sportvereinen, der Integrationsbeauftragten und den Migrantenorganisationen des Bezirks. Gemeinsame sportliche Betätigung benötigt jedoch auch Sportstätten, deshalb wenden wir uns gegen eine Belegung von Turnhallen mit Flüchtlingen

### **Infrastruktur geänderten Gegebenheiten anpassen**

Dort, wo aufgrund von Flüchtlingsunterkünften mehr Menschen leben, muss die Infrastruktur den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Das gilt beispielsweise für den öffentlichen Nahverkehr, wo durch ein erhöhtes Fahrgastaufkommen kurzfristig mit einer engeren Taktung reagiert werden muss. Dies gilt insbesondere aber auch mit einem deutlich höheren Angebot von Schul- und Kitaplätzen, denn nur so kann Integration von Anfang an gelingen.

### **Schulversorgung und Willkommensklassen**

Wenn wir gerade von jungen Menschen erwarten, dass sie lernen und fleißig sind, müssen wir ihnen auch die Möglichkeit geben, teilzuhaben. Kinder und Jugendliche müssen miteinander lernen und aufwachsen. Das ist gelebte Integration. In über 70 Willkommensklassen für Kinder ohne deutsche Sprachkenntnisse wird in Tempelhof-Schöneberg bereits Großartiges geleistet. Langfristig, insbesondere im Hinblick auf eine steigende Anzahl von Flüchtlingen auf dem Gebiet des ehemaligen Flughafens Tempelhof, müssen jedoch weitergehende Konzepte erarbeitet und realisiert werden. Der Bezirk ist hierbei in besonderem Maße auf die Mitwirkung des Landes Berlin angewiesen, um die Schulpflicht realisieren zu können.

Es gilt dabei zu vermeiden, dass Schülerinnen und Schüler aufgrund mangelnder Kapazitäten in den Willkommensklassen ohne ausreichende Deutschkenntnisse in Regelklassen überführt werden und dort aufgrund fehlender Sprachkenntnisse dem Unterricht weder folgen, noch sich mit ihren Mitschülerinnen und Mitschülern austauschen können.

### **Kita**

Der Anteil von mehrsprachigen Erzieherinnen und Erziehern muss sich in den nächsten Jahren deutlich erhöhen, um auch Kinder nicht deutscher Herkunft so früh wie möglich adäquat fördern zu können. Es ist leichter, die Kinder bereits in der Kita mit der Sprache und dem Miteinander vertraut zu machen, so dass sie beim Schulstart bessere Chancen haben.

### **Wertschätzung für Frauen**

Das Beispiel der Stadteilmütter, ein Projekt aus Neukölln, zeigt, dass Frauen und Mütter eine ganz entscheidende Rolle für gelungene Integration spielen. Wir bestärken alle Frauen und Mädchen – egal welcher Herkunft – darin, ihren Lebensentwurf frei zu wählen und selbstbewusst zu verwirklichen. Diskriminierungen, verächtliche Gesten und mangelnder Respekt vor Frauen und weiblichen Vorgesetzten lehnen wir entschieden ab. Gegen Zwangsehen, häusliche Gewalt und Gewalt im Namen der Ehre werden wir mit der gebotenen Härte vorgehen und Betroffenenorganisationen wo immer möglich unterstützen.

Als sichtbares Zeichen dieser Haltung werden wir weiterhin nach einer Möglichkeit suchen, um im Rahmen der Benennung eines Ortes an Hatun Sürücü, die im Jahr 2005 in unserem Bezirk Opfer eines Ehrenmords wurde, zu erinnern.



### 3. Kunst und Kultur halten den Bezirk kreativ

2038  
2039  
2040  
2041  
2042  
2043  
2044  
2045  
2046  
2047  
2048  
2049  
2050  
2051  
2052  
2053  
2054  
2055  
2056  
2057  
2058  
2059  
2060  
2061  
2062  
2063  
2064  
2065  
2066  
  
2067  
2068  
2069  
2070  
2071  
2072  
2073  
2074  
2075  
2076  
2077  
2078  
2079  
2080  
2081  
2082  
2083  
2084  
2085  
2086  
2087  
2088  
2089  
2090

Kunst und Kultur sind der kreative Kit unserer Gesellschaft. Berlin ist ein Magnet für Kreative aus Deutschland, Europa und der ganzen Welt. Tempelhof-Schöneberg ist Lebens- und Schaffensmittelpunkt zahlreicher Kulturschaffender, die neben Berlin insbesondere auch ihren Kiez als Heimat betrachten. Darauf sind wir stolz und halten es daher für unabdingbar, dass neben dem Land auch die Bezirke Möglichkeiten haben, vor Ort kreative Ideen angemessen zu fördern.

#### **Kultureller Reichtum in Tempelhof-Schöneberg**

Jeder Versuch, das Spektrum des kulturellen Angebots in Tempelhof-Schöneberg abschließend aufzuzeigen wäre zum Scheitern verurteilt, da es umfangreich ist und einem fortwährenden Wandel unterliegt. Unser Dank und unsere Anerkennung gilt Künstlerinnen und Künstlern, Betreibern von Einrichtungen und Initiativen, denn sie tragen in erheblichem Umfang dazu bei, Tempelhof-Schöneberg lebens- und liebenswert zu machen.

Im Rahmen der dezentralen Kulturarbeit werden aber auch von Seiten des Bezirks kreative Ideen entwickelt und realisiert. Darüber hinaus werden Projektmittel an Künstler vergeben, die Tempelhof-Schöneberg mit ihren Arbeiten bereichern. Im Kulturhaus Schöneberg in der Kyffhäuserstraße können Kreative in einem ehemaligen Schulgebäude Ateliers und Ausstellungsräume nutzen.

Der Bezirk unterhält zahlreiche weitere Orte der Kreativität: In der Volkshochschule, der Musikschule und den Bibliotheken wird Wissen vermittelt und kann Begeisterung ausgelebt werden. Die bezirklichen Galerien bieten – bei freiem Eintritt – an derzeit drei Standorten,

- dem Haus am Kleistpark,
- der Galerie im Rathaus Tempelhof und
- im Tempelhof-Museum,

ständig wechselnde Ausstellungen auf einem hohen künstlerischen Niveau. Im Jugendmuseum Schöneberg können Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene auf spielerische Weise fremde Welten erkunden und ihre Neugier wecken. Außerdem werden dort Respekt und Wertschätzung für Vielfalt vermittelt und pädagogische Projekte realisiert, die bundesweite Beachtung finden. Diese bezirklichen Angebote gilt es, auch vor dem Hintergrund einer angespannten Haushaltslage, dauerhaft zu erhalten.

#### **Geschichte stiftet Identität**

Die Stadtgeschichte von Tempelhof und Schöneberg vermitteln die bezirklichen Museen. Darüber hinaus existieren zahlreiche weitere Orte mit historischer Bedeutung, an denen Geschichte erleb- und erfahrbar ist. Geschichte stiftet Identität und ist deshalb wichtig für die Identifikation der Bürger mit dem Bezirk. Daher halten wir es für unabdingbar, dass ein historisches Profil des Bezirks erkennbar und Wissen über historische Ereignisse – auch in den Schulen – vermittelt wird. Dazu gehören auch Neue Medien, wie zum Beispiel ein elektronisches Bürgerarchiv, das wir in Tempelhof-Schöneberg einrichten wollen.

Zu einer umfassenden historischen Betrachtung gehören in Tempelhof-Schöneberg auch die menschenverachtenden Verbrechen der Nationalsozialisten. Daher unterstützen wir die Erinnerungsarbeit rund um das Bayerische Viertel inklusive der Dauerausstellung „Wir waren Nachbarn“ im Rathaus Schöneberg, ebenso wie die Verlegung sogenannter Stolpersteine in unserem Bezirk.

Der Gedenkort „SA-Gefängnis Papestraße“ geht auf eine Initiative der CDU zurück und das Jugendmuseum Schöneberg leistet hier wertvolle Aufklärungsarbeit. Mit dem Flughafen

2091 Tempelhof liegt ein ganz wesentlicher Standort nationalsozialistischer Einrichtungen in  
2092 unserem Bezirk. Mittelfristig ist deshalb eine Erinnerungsstätte für das ehemalige  
2093 Konzentrationslager Columbiahaus zu entwickeln, um die Bedeutung des Flughafens für die  
2094 nationalsozialistische Stadtplanung und als Standort der deutschen Rüstungsindustrie für  
2095 Besucher zugänglich zu machen. Dies ist nur gemeinsam mit der Senatskulturverwaltung  
2096 möglich.

2097

### 2098 **Wir wählen die Freiheit!**

2099 Besondere Bedeutung erlangte unser Bezirk zur Zeit der deutsch-deutschen Teilung. So  
2100 wurde während der Berlin-Blockade West-Berlin über den Flughafen Tempelhof von den  
2101 Alliierten mit der Luftbrücke versorgt. Der Alliierte Kontrollrat hatte seinen Sitz im heutigen  
2102 Kammergericht im Kleistpark. Das Notaufnahmelager Marienfelde bildete für unzählige  
2103 Menschen das Tor zur freien Welt. Das Rathaus Schöneberg war Sitz des Regierenden  
2104 Bürgermeisters, auf dem Vorplatz rief John F. Kennedy der jubelnden Menge „Ich bin ein  
2105 Berliner“ zu. Noch heute wird die Tradition des RIAS fortgeführt und aus dem Funkhaus des  
2106 Deutschlandradios am Hans-Rosenthal-Platz der Klang der Schöneberger Freiheitsglocke  
2107 gesendet.

2108

2109 Dieser Tradition der Freiheit fühlen wir uns verpflichtet und wollen die historische Bedeutung  
2110 der jeweiligen Orte vermitteln und sie für Einheimische und Touristen erfahrbar machen.  
2111 Hierfür gilt es, ein entsprechendes Tourismuskonzept zu erarbeiten.

2112

### 2113 **Kultur und Ideen brauchen Räume**

2114 Wir wollen die baulichen Gegebenheiten der kulturell genutzten Gebäude verbessern, um die  
2115 Angebote attraktiv und allen Menschen zugänglich zu machen. Wichtig ist, dass alle  
2116 dezentralen Standorte im Bezirk erhalten bleiben, so dass ein flächendeckendes Kulturange-  
2117 bot im Bezirk gewährleistet bleibt.

2118

2119 Die CDU fordert daher:

2120

2121 • Das Jugendmuseum, die Volkshochschule und die Musikschule sollen gemeinsam  
2122 mit der Mittelpunktbibliothek Teil eines integrierten Kultur- und Bildungszentrums am  
2123 Standort Hauptstraße werden.

2124

2125 • Das Haus am Kleistpark soll weiterhin als kultureller Standort und wichtigster  
2126 Ausstellungsort zur Verfügung stehen.

2127

2128 • Das Kulturangebot im Gemeinschaftshaus Lichtenrade soll ausgebaut werden.

2129

2130 • Der ehemalige BVV-Saal im Rathaus Tempelhof soll wieder für kulturelle  
2131 Veranstaltungen nutzbar sein.

2132

## 2133 **4. Bibliotheken – „Wohnzimmer“ der Bürgergesellschaft**

2134

2135 Moderne Bibliotheken müssen diversen Aufgaben gerecht werden. Von der „Bücherstube“  
2136 haben sie sich zu einem Ort der Wissensvermittlung, der Produktion von Bildung und zu  
2137 einem Treffpunkt mit hoher Aufenthaltsqualität weiterentwickelt. Hierzu benötigen sie große  
2138 Flächen an möglichst zentral gelegenen Orten, die sowohl Internetarbeitsplätze als auch  
2139 Veranstaltungsräume und Ruhezeiten zum Lesen bereithalten. Sie haben Öffnungszeiten,  
2140 die die Bedürfnisse der Kunden berücksichtigen. Nicht zuletzt sind eine Fülle  
2141 unterschiedlichster Medien – vom Roman über das Fachbuch und das Kinderbuch bis hin  
2142 zum E-Book - unbedingte Voraussetzungen, unsere Stadtbibliothek attraktiver zu machen.

2143

2144 Die CDU fordert daher:

2145  
2146  
2147  
2148  
2149  
2150  
2151  
2152  
2153  
2154  
2155  
2156  
2157  
2158  
2159  
2160  
2161  
2162  
2163  
2164  
2165  
2166  
2167  
2168  
2169  
2170  
2171  
2172  
2173  
2174  
2175  
2176  
2177  
2178  
2179  
2180

- Die Sanierung der Tempelhofer Bezirkszentralbibliothek muss endlich erfolgen. Dabei ist ein zeitgemäßer Standard sicherzustellen. Seit 15 Jahren ist die Bibliothek Teil der Investitionsliste des Bezirks und bis heute wurden lediglich Notmaßnahmen zur Gebäudesicherung vorgenommen.
- Die Sanierung und den Flächenausbau der Mittelpunktbibliothek in der Schöneberger Hauptstraße mit dem Ziel, das Gebäudeensemble gemeinsam mit dem Jugendmuseum Schöneberg sukzessive zu einem integrierten Kultur- und Bildungszentrum zu entwickeln. Hier soll auch ein elektronisches Bürgerarchiv entstehen.
- Die Gerhart-Hauptmann-Bibliothek im Rathaus Friedenau soll als Modell einer städtischen Kooperationsbibliothek ausgebaut werden. Nachdem das Rathaus als Flüchtlingsunterkunft genutzt wird, bietet sich hier die einmalige Chance, mit einem „Ort der Begegnung“ völlig neue Wege der Integration zu gehen.
- Der 25 Jahre alte Bücherbus muss endlich ersetzt werden. Er fährt Haltestellen an, in deren Nähe sich kein Bibliotheksstandort befindet und füllt Lücken in den Ortsteilen Mariendorf, Tempelhof und derzeit auch in Friedenau. Wegen seiner hohen Schadstoffemissionen darf der Bus nicht mehr in die Umweltzone fahren und muss sich auf die Regionen außerhalb des S-Bahn-Ringes beschränken. Er versorgt die Bürgerinnen und Bürger nicht nur mit Medien und diversen Formularen des Bürgeramtes, er steht auch vor den Schulen und trägt dazu bei das Leseinteresse bei Kindern zu wecken.
- Der Medienetat ist dem wachsenden Bedarf anzupassen. Das einzelne Medium verschleißt sich schnell bei hohem Umsatz. Nur eine hohe Anzahl von Medien garantiert gute Ausleihzahlen und trägt entscheidend zur Refinanzierung der Bibliotheken im Bezirkshaushalt bei.
- Die Stadtbibliothek verträgt keine weiteren Einsparungen beim Fachpersonal. Die Kooperation mit ehrenamtlichen Unterstützern hat sich bewährt, diese können jedoch das Fachpersonal nur ergänzen, nicht ersetzen!

## VI. Bürgernahe Verwaltung

2182  
2183  
2184  
2185  
2186  
2187  
2188

Eine bürgernahe, moderne und leistungsfähige öffentliche Verwaltung ist ein wesentlicher Standortfaktor für Tempelhof-Schöneberg. Deshalb wollen wir eine transparente, bürgerfreundliche, schnelle, effiziente und fachkundig beratende Verwaltung. Unser Leitbild lautet: Die Bezirksämter sind Dienstleister der Bürgerinnen und Bürger in Tempelhof-Schöneberg.

### 1. Eine effektive und bürgerfreundliche Verwaltung schaffen

2190  
2191  
2192  
2193  
2194  
2195

Die Einsparungen der letzten Jahre haben im Bereich der Bezirksverwaltung, insbesondere bei der Personalausstattung, ihre Spuren hinterlassen. Der vom Senat beschlossene Kurswechsel in der Personalpolitik (weg vom Dogma der berlinweit 100.000 Mitarbeiter, hin zu einer in die Zukunft gerichteten Personalentwicklung) ist daher zu begrüßen und fortzuführen. Wichtig ist dabei, dass die Aufgabenverteilung zwischen Senat und Bezirken

2196 klar definiert wird. Eine Erweiterung der bezirklichen Zuständigkeiten muss gleichzeitig einen  
2197 Personalaufwuchs zur Folge haben.

2198  
2199 Das Potenzial von neuen Projekten der Verwaltungsmodernisierung muss schnellstmöglich  
2200 genutzt werden, um die Dienstleistungsorientierung der Bezirksverwaltung zu verbessern.  
2201 Ein Schlüsselprojekt muss die Ausweitung des Angebots sein, Behördenangelegenheiten  
2202 bequem und rund um die Uhr von zu Hause aus über das Internet erledigen zu können.  
2203 Dadurch wird die Kommunikation zwischen Staat und Bürger vereinfacht und insgesamt die  
2204 Qualität und Effizienz des öffentlichen Verwaltungshandelns erhöht.

2205  
2206 Die CDU fordert daher:

- 2207
- 2208 • Das Online-Bürgeramt soll Wirklichkeit werden, damit so viele Informationen und  
2209 Verwaltungsdienstleistungen wie möglich auch als Angebot im Internet verfügbar  
2210 sind. Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen sollen mit der Verwaltung  
2211 einfach und sicher und rund um die Uhr kommunizieren können.  
2212
- 2213 • Ein einfaches, transparentes und bürgerfreundliches Online-Ordnungsamt soll  
2214 realisiert werden. Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit haben  
2215 Verschmutzung durch Müll, defekte Laternen, unnötige Barrieren für ältere und  
2216 behinderte Menschen etc. in einem Beschwerdesystem der Verwaltung mitteilen zu  
2217 können. Auf einer Internetplattform des Bezirks sollen die gemeldeten Probleme und  
2218 deren Bearbeitungsstand transparent in einer Übersicht dargestellt werden. Das in  
2219 Tempelhof-Schöneberg besonders gut angenommene, aber inzwischen  
2220 abgeschaltete Beschwerdeportal "Maerker" hat den großen Bedarf deutlich gemacht.  
2221
- 2222 • Informationen und Schreiben von Behörden sollen für alle Menschen leicht zu  
2223 verstehen sein. Wir werden uns daher für die Verwendung einer klaren und  
2224 verständlichen Sprache in allen Bereichen der Verwaltung einsetzen, die gleichzeitig  
2225 den Anforderungen an rechtssichere Formulierungen entspricht.  
2226
- 2227 • Für die älter werdende Gesellschaft streben wir neue Angebote der Verwaltung an,  
2228 zum Beispiel mobile, aufsuchende Bürgerämter, bei denen Mitarbeiter des  
2229 Bezirksamtes das Anliegen des Bürgers beispielsweise im Rahmen eines  
2230 Hausbesuchs erledigen.  
2231
- 2232 • Die drei bestehenden Bürgeramtsstandorte Lichtenrade, Tempelhof und Schöneberg  
2233 sind unbedingt zu erhalten. Allen Planungen zur Reduzierung des wohnortnahen  
2234 Angebots von Bürgeramtsleistungen erteilen wir eine Absage. Neben der Erhaltung  
2235 der bestehenden Angebote werden wir uns für weitere dezentrale  
2236 Bürgeramtssprechstunden beispielsweise in Einkaufszentren, Senioreneinrichtungen  
2237 und weiteren publikumsintensiven Orten einsetzen.  
2238
- 2239 • Ämter mit Publikumsverkehr müssen bürgerfreundliche und flexible Öffnungszeiten  
2240 anbieten, die sich an der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürgern orientieren.  
2241 Hierzu benötigen wir in den Bürgerämtern - nach dem Vorbild anderer Bezirke -  
2242 Abendöffnungszeiten und Termine am Sonnabend.  
2243
- 2244 • Kriminelle dürfen sich nicht mit gefälschten Ausweisdokumenten in das deutsche  
2245 Meldewesen einschleichen können, da dies die Voraussetzung zur Beantragung von  
2246 Sozialleistungen ist. Der Berliner Senat geht in solchen Fällen von einer  
2247 Schadenssumme von 20.000 bis 40.000 Euro pro erfolgreicher Registrierung mit  
2248 einem gefälschten Dokument aus. Deshalb müssen für alle Bürgerämter sogenannte  
2249 Dokumentenprüfgeräte angeschafft werden, die gefälschte Dokumente zuverlässig  
2250 erkennen. Die von der Berliner CDU durchgesetzte Finanzierung von mehreren

2251           hundert Prüfgeräten für die Bezirke ist die Voraussetzung für eine schnelle  
2252           Realisierung in Tempelhof-Schöneberg.

2253

## 2. Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern verbessern

2254

2255

2256

2257

2258

2259

2260

2261

2262

2263

2264

2265

2266

2267

2268

2269

2270

2271

2272

2273

2274

2275

2276

2277

2278

2279

2280

2281

2282

2283

2284

2285

2286

2287

2288

2289

2290

2291

2292

2293

2294

2295

2296

2297

2298

2299

2300

2301

Kommunalpolitik ist ein wichtiger Politikbereich für die Bürgerinnen und Bürger. Nirgends gibt es mehr direkte Einflussmöglichkeiten als im Kiez vor Ort. Durch Einwohnerversammlungen, Einwohneranträge, bezirkliche Bürgerbegehren und ähnliche Instrumente direkter Einflussnahme der Bürger hat sich die politische Situation in den Bezirken grundsätzlich verändert. Heute geht es nicht allein darum, eine richtige Sachentscheidung zu treffen, sondern sie auch entsprechend zu kommunizieren, anderenfalls erleidet Politik auch mit den richtigen Sachargumenten empfindliche Niederlagen.

Ein Kernstück der politischen Agenda von SPD und Grünen sollte in den vergangenen fünf Jahren ein Mehr an Bürgerbeteiligung sein. In der Realität gab es seit Gründung des Doppelbezirks noch nie so viel Widerstand gegen Aktivitäten des Bezirksamtes wie in der letzten Wahlperiode. Insbesondere das Stadtentwicklungsamt unter Leitung der Grünen ließ keine Gelegenheit verstreichen, um massiven Widerstand der Bürger auszulösen. Beispiele sind

- Die Bebauungen in der Crellestraße und in der Bautzener Straße;
- Die Neugestaltung des Grünstreifens im Wanneseebahngraben;
- Die Planung und der Bau der Begegnungszone in der Maaßenstraße;
- Die Vernichtung der Kleingärten in der Marienfelder Säntisstraße;
- Untätigkeit statt Eindämmung der ausufernden Prostitution in der Kurfürstenstraße.

Bürgerbeteiligung nach dem Rezept von Rot-Grün waren in unserem Bezirk Alibiveranstaltungen ohne Wert, denn am Ende einer Bürgerbeteiligung kam in unserem Bezirk im Wesentlichen das heraus, was die Verwaltung bereits vorher geplant hatte.

Als CDU wollen wir, dass politisch Verantwortliche sich wieder offen den Bürgern stellen und realisierbare Alternativen zur Auswahl gestellt werden. Das bedeutet:

- Die Moderation hat die Verwaltung oder der politisch Verantwortliche.
- Bei allen Bürgerveranstaltungen werden Meinungsbilder darüber eingeholt ob eine Baumaßnahme überhaupt und in welcher Form erfolgen soll.
- Bei allen öffentlichen Baumaßnahmen gibt es mindestens eine Alternativplanung für die Bürger zur Auswahl.
- Zwischen Bürgeranhörungen und Baubeginn der geplanten Maßnahmen besteht ausreichend Zeit für eine veränderte Ausführungsplanung.
- Eine öffentliche Baumaßnahme wird, soweit sie nicht zwingend notwendig ist, gegebenenfalls auch ganz zur Disposition gestellt. Wir müssen nicht zwanghaft Geld für Maßnahmen ausgeben, die von den künftigen Nutznießern als nicht notwendig angesehen werden. Der Umbau der Maaßenstraße wäre unter diesen Bedingungen niemals erfolgt.

Da es bei Umbau- und Erneuerungsmaßnahmen auch immer um die Gestaltung einer barrierefreien und generationengerechten Umwelt geht, sollten insbesondere Familien, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen frühzeitig in entsprechende Planungen beziehungsweise die Erarbeitung, Fortschreibung und Umsetzung städtebaulicher



2302 Entwicklungskonzepte einbezogen werden. Hierzu bieten sich zum Beispiel Ortsbegehungen  
2303 mit den genannten Zielgruppen oder eine frühzeitige Beteiligung der Seniorenvertretung des  
2304 Bezirks beziehungsweise der Beauftragten für Menschen mit Behinderung an.  
2305 Neben der klassischen Form der Bürgerbeteiligung bedarf es einer Onlineplattform, auf der  
2306 Bürger Veränderungswünsche oder zusätzlichen Bedarf für ihren Kiez äußern können.  
2307 Hierfür ist eine professionelle Begleitung durch eine Servicestelle im Bezirksamt notwendig,  
2308 die mit dem Bezirksamt und der Bezirksverordnetenversammlung in regelmäßigem Kontakt  
2309 steht. Für die Einrichtung einer solchen Stelle können auch Vorbilder anderer Städte, zum  
2310 Beispiel Wiesbaden, herangezogen werden.

2311  
2312 Neben der bisherigen Bürgerbeteiligung fordert die CDU ab 2017 jährlich mindestens eine  
2313 Einwohnerversammlung des Bezirksamtes je Ortsteil (Schöneberg, Friedenau, Tempelhof,  
2314 Mariendorf, Marienfelde und Lichtenrade). Das Bezirksamt informiert bei der Veranstaltung  
2315 über anstehende Projekte und Veränderungen im Ortsteil. Die Bürger haben gleichzeitig die  
2316 Möglichkeit Probleme aus dem Kiez, beziehungsweise mit der Verwaltung, darzustellen.  
2317 Vertreter anderer Behörden, zum Beispiel der Polizei, sind in diese Veranstaltungen  
2318 einzubeziehen.

2319

### 3. Stabile Finanzen wieder herstellen

2320  
2321  
2322 Zwischen 2011 und 2016 hat Tempelhof-Schöneberg unter Führung von SPD und Grünen  
2323 einen für Berlin beispiellosen finanzpolitischen Absturz erlebt. Angelika Schöttler (SPD) ist  
2324 2011 mit Finanzreserven von 17 Millionen Euro als Bezirksbürgermeisterin gestartet, die  
2325 2016 faktisch aufgebraucht sind. Zusätzlich hat sie Bauinvestitionsmittel in Höhe von 13  
2326 Millionen Euro zweckentfremdet zur Haushaltsdeckung eingesetzt. Das bedeutet, innerhalb  
2327 von fünf Jahren wurden 30 Millionen Euro mehr ausgegeben, als im Haushalt zur Verfügung  
2328 gestanden haben. Gleichzeitig liegt Tempelhof-Schöneberg in allen bürgernahen  
2329 Verwaltungsbereichen, zum Beispiel beim Service in den Bürgerämtern, eher im unteren  
2330 Drittel der Berliner Bezirke. In unserem Bezirk wurden damit 30 Millionen Euro plan- und  
2331 ziellos ausgegeben.

2332  
2333 Die Verwendung von Baumitteln zur Haushaltssanierung hat zur Folge, dass die  
2334 Investitionen in Schulen, Jugendeinrichtungen und Sportanlagen nur noch aus  
2335 Sonderprogrammen des Senats, aber nicht mehr aus Bezirksmitteln vorgenommen wurden  
2336 und der Verfall der öffentlichen Gebäude immer weiter voranschreitet. Verschlimmert wird  
2337 diese Situation zusätzlich dadurch, dass die Mehrheit von SPD und Grünen die Sanierung  
2338 der Bürodienstgebäude (Rathäuser) zu ihrem Hauptziel erklärt hat, obwohl dafür eine  
2339 Gesamtsumme von 30 – 40 Millionen Euro nötig ist, dem Bezirk dafür aber nur jährlich 6  
2340 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Damit wird sich die Rathaussanierung bis über das  
2341 Jahr 2020 hinziehen, während gleichzeitig das Geld in den übrigen Bezirksgebäuden,  
2342 insbesondere bei Schulen und Sportanlagen, fehlt.

2343  
2344 **Sämtliche dieser Fehlentscheidungen sind gegen die Stimmen der CDU erfolgt.**

2345  
2346 Heute steht unser Bezirk in Gefahr, unter die finanzpolitische Aufsicht des Senats gestellt zu  
2347 werden und damit praktisch keinen politischen Handlungsspielraum mehr zu haben. Dies gilt  
2348 es erst einmal kurzfristig zu verhindern. Die finanzpolitische Schieflage lässt sich aber nicht  
2349 innerhalb eines Jahres wieder in Ordnung bringen, sondern kann bei einer konsequenten  
2350 Mischung aus Sparen und Investieren im richtigen Bereich im Jahr 2020 behoben sein.

2351  
2352 Die CDU fordert daher:

- 2353  
2354 • Die Erarbeitung eines mehrjährigen Personal – und Investitionskonzeptes für die  
2355 einzelnen Abteilungen des Bezirksamtes, das mit einer finanzpolitischen

2356 Bestandsaufnahme zu Beginn der Legislaturperiode beginnt. Die bürgernahen und  
2357 bauenden Bereiche unserer Verwaltung werden personell gestärkt, damit hier der  
2358 Standard wieder verbessert werden kann.  
2359

2360 • Eine Überprüfung der Entscheidungen zur Sanierung der Rathäuser und einen  
2361 sinnvollen vorzeitigen Abschluss der Maßnahmen. Ein sofortiger Stopp der  
2362 Baumaßnahmen ist erstens nicht mehr möglich und hätte zur Folge, dass die bereits  
2363 investierten Mittel sinnlos vergeudet würden.

2364 • Die Konzentration der bezirklichen Bauinvestitionen auf Schulen,  
2365 Jugendeinrichtungen, Sportanlagen und Senioreneinrichtungen und Straßen des  
2366 Bezirks.  
2367

2368 • Die Modernisierung der Verwaltung durch eine zeitgemäße EDV–Ausstattung und  
2369 eine entsprechende Schulung der Mitarbeiter für den Umgang mit den  
2370 entsprechenden Programmen. Hierüber können Verwaltungsabläufe gestrafft und  
2371 Personal für andere Bereiche freigemacht werden. Dafür ist ein mehrjähriges  
2372 Investitionsprogramm mit klaren Zielvorgaben nötig.  
2373

2374  
2375

**Im Anschluss an den Text folgen die Kandidatinnen und Kandidaten für  
die BVV auf den Plätzen 1-25**

2376  
2377  
2378  
2379